

Halbjahresbericht

6.2011

The page features a dark red background with abstract, overlapping circular and semi-circular shapes in various shades of red and pink. A thin white line originates from the text 'Halbjahresbericht' and points towards the date '6.2011'. The overall design is clean and modern.

Vorwort des Vorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

die ersten sechs Monate des Geschäftsjahres 2011, des 14. Geschäftsjahres der Düsseldorfer Hypothekenbank, waren geprägt von der Umsetzung erster Restrukturierungsschritte und der Wiederaufnahme der gewerblichen Immobilienfinanzierung.

Nach dem erfolgten Kontrollwechsel von den Altaktionären Resba Beteiligungsgesellschaft mbH (Tochtergesellschaft des Bundesverbands deutscher Banken – Einlagensicherungsfonds) und Einlagensicherungs- und Treuhandgesellschaft mbH (Tochtergesellschaft des Prüfungsverbands deutscher Banken) zu den Lone Star Funds (LSF5 German Investments II, L.P. Delaware, USA und LSF5 Riverside Ltd & Co. KG, Frankfurt am Main) am 7. Dezember 2010 wurde in der Aufsichtsratssitzung am 3. Februar 2011 in neuer Besetzung u. a. die neue Geschäfts- und Risikostrategie verabschiedet.

Hiernach sind zwei wesentliche Maßnahmenpakete vorgesehen. Das Kapitalmarktgeschäft einschließlich des Staatskreditgeschäftes wird unter Berücksichtigung des Marktumfeldes konsequent zurückgeführt mit dem Ziel, Risiken abzubauen und den Verschuldungsgrad zu reduzieren. Großvolumige gewerbliche Immobilienfinanzierung im Inland und in ausgewählten Ballungszentren im angrenzenden europäischen Ausland bildet den zentralen Fokus bei der Redimensionierung und Neuausrichtung der Bank. Ziel ist, die Düsseldorfer Hypothekenbank zu einer gut funktionierenden, effizienten Hypothekenpfandbrief-Plattform zu entwickeln und perspektivisch einen strategischen Investor zu finden.

So wurden bis zum 30. Juni 2011 auf der Kapitalmarktseite Wertpapiere (und damit verbundene Derivate) im Nominalwert von 2,3 Mrd € verkauft bzw. fällig. Andererseits wurden gewerbliche Immobilienfinanzierungen in Höhe von rund 87 Mio € neu zugesagt. Der Gesamtbestand valutierender Immobilienfinanzierungen (inklusive MBS) beläuft sich zum Stichtag auf 1,5 Mrd €. Die Bilanzsumme hat sich von 20,6 Mrd € zum Jahresende 2010 auf 17,6 Mrd € zum Halbjahr 2011 verringert.

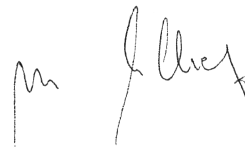
Diesen eingeschlagenen, neuen Weg werden wir auch im 2. Halbjahr 2011 konsequent fortführen. Wir danken unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement bei der Neuausrichtung der Düsseldorfer Hypothekenbank und blicken zuversichtlich auf die vor uns liegenden Herausforderungen.

Düsseldorf im Juli 2011

Der Vorstand



Arnd Stricker



Dr. Christian von Villiez

Zwischenlagebericht

Rahmenbedingungen

Das 1. Halbjahr 2011 war weiterhin geprägt von der europäischen Staatsschuldenkrise. Insbesondere hat sich die Situation in Griechenland mit einer mittlerweile auf 330 Mrd € angewachsenen Staatsverschuldung (rund 143% des BIP) verschärft.

Die kontroverse öffentliche Diskussion drehte und dreht sich noch um die Fragen, welchen Beitrag Griechenland in der Lage zu leisten ist und andererseits, welche Rettungsmechanismen die Europäische Staatengemeinschaft und der Internationale Währungsfonds ergreifen sollten. Unterschiedlichste Szenarien werden debattiert, von der weiteren Stützung des Landes durch neue Kredite über eine unvermeidliche Umschuldung durch Laufzeitverlängerungen und/ oder Reduktion der Zinsverpflichtungen bis hin zu einem Austritt Griechenlands aus der EWU.

Erschwert wird Griechenlands Kampf gegen die Krise zusätzlich durch die mehrfachen Herabstufungen durch die Rating-Agenturen. So hat zuletzt am 27. Juli Standard & Poor's (S&P) die Kreditwürdigkeit des Landes auf „CC“ herabgestuft.

Am 20. Juli 2011 haben sich Regierungschefs des Euro-Währungsgebietes und dessen 17 Mitgliedsstaaten untereinander sowie der internationale Bankenverband, The Institute of International Finance (IIF), unter der Führung von Josef Ackermann auf ein weiteres, sehr differenziertes Hilfspaket für Griechenland geeinigt. Dabei sagte der IIF zu, dass sich die privaten Gläubiger finanziell an einer Umschuldung beteiligen. Die Beteiligung soll auf freiwilliger Basis erfolgen. Dem IIF gehören unter anderem die deutschen Kreditinstitute Deutsche Bank AG und Commerzbank AG sowie die Versicherungen Munich RE und Allianz AG an. Die Düsseldorfer Hypothekenbank ist nicht Mitglied im IIF. S&P wird nach bisherigen Informationen die Umsetzung der Beschlüsse als Zahlungsausfall werten. Griechenland werde dann wahrscheinlich mit „SD“ für „Selective Default“ benotet. Die Note „CC“ liegt nur zwei Stufen darüber.

Auch Portugal erfuhr einen Dämpfer in den Bemühungen, eine Konsolidierung der Staatsfinanzen zu erreichen.

Am 5. Juli 2011 stufte Moody's die Kreditwürdigkeit Portugals gleich um vier Stufen von „Baa1“ auf „Ba2“ herab. Damit haben langfristige portugiesische Staatsanleihen „Ramsch-Niveau“ und sind unter das Qualitätsniveau gefallen, das von vielen Fondsmanagern in ihren Portfolios eingehalten werden muss. Dieses wird für die Banken des Landes und ihre Covered Bonds ebenfalls starken Ratingdruck aufbauen.

Die Schuldenkrise in den übrigen Euro-Peripheriestaaten Italien, Irland und Spanien ist nicht überwunden, erste Maßnahmen greifen jedoch zur Stabilisierung der angeschlagenen Banken (in Spanien und Irland) bzw. der Rückführung der zu hohen Staatsverschuldung (in Italien).

Aufgrund der hohen Bedeutung der weiteren Entwicklung der Spreads und der Zahlungsfähigkeit aller PIIGS-Staaten (Portugal/ Italien/ Irland/ Griechenland/ Spanien) für die Düsseldorfer Hypothekenbank haben wir diesem Thema erneut ein eigenes Kapitel in diesem Bericht gewidmet.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in ihrer Sitzung am 7. Juli 2011 zum zweiten Mal in diesem Jahr – nach zwei Jahren historischer Tiefststände aufgrund der Finanzkrise – den Leitzins verändert und erneut um 25 Basispunkte auf nunmehr 1,5% angehoben. Nach einer ersten Erhöhung im April reagierte die EZB damit auf den weiteren Anstieg der Teuerungsrate im Euroraum, den sie mit der strafferen Geldpolitik bremsen möchte. Per Saldo zeichnet sich ab, dass die durchschnittliche Inflationsrate der 17 Länder des Euroraumes im April mit 2,8% ihr zyklisches Hoch gesehen hat. Sie lag aber auch im Juni mit 2,7% deutlich über der von der EZB angestrebten Marke von knapp unter zwei Prozent. Werte unterhalb der Marke von 2,5% erwarten wir aber erst ab Anfang 2012, die 2%-Marke sollte ab dem 2. Quartal 2012 unterschritten werden. In der gesamten EU betrug die Inflationsrate im Juni 3,1%. Eine weitere kleinere EZB-Reposatzanhebung sehen wir zu Beginn des 4. Quartals 2011. Im 1. Halbjahr 2012 sollte das Leitzinsniveau bei 2,0% liegen (Jahresende 2012: 2,50%). Höhere Leitzinsen haben in der Regel keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Höhe von Hypothekenzinsen, da sie allein den Zinssatz bestimmen, zu dem sich Banken kurzfristig Geld bei der EZB beschaffen können. Auf lange Sicht wirken sich gestiegene Leitzinsen aber auch auf den Preis für Hypothekendarlehen aus.

Unbeeindruckt von den Haushaltskrisen vieler Euro-Staaten entwickelte sich der deutsche Aktienmarkt weiter positiv. Der Deutsche Aktienindex (DAX), der zu Jahresbeginn einen Stand von 6.914 Punkten aufwies, schloss zum Ende des Berichtszeitraums mit 7.376 Punkten (plus 6,68%).

Entwicklung der gewerblichen Immobilienmärkte

Ein „verhaltener Optimismus“ sei zu spüren, so der Geschäftsführer der Messe München im Hinblick auf die diesjährige Internationale Fachmesse für Gewerbeimmobilien und Investitionen EXPO REAL. Die deutsche Immobilienwirtschaft profitierte im Laufe des Berichtszeitraums von der allgemeinen Konjunkturerholung.

Die deutlich verbesserte Stimmung kam auch in dem von der internationalen Gutachtergesellschaft King Sturge ermittelten deutschen Immobilienklima-Index zum Ausdruck, der von 134,8 Punkten zu Jahresbeginn über 146,3 Punkte per Ende Mai auf immerhin noch 141,5 Punkte Ende Juni 2011 vorrückte. Allerdings weisen auch hier die Gutachter darauf hin, dass das erwartete Wirtschaftswachstum von über 3 Prozent in Deutschland durch die Schulden- und Euro-Krise ein jähes Ende finden könnte.

An den sechs wichtigsten deutschen Büromärkten Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Stuttgart und München wirkte sich die gute wirtschaftliche Lage in Deutschland positiv auf die Vermietungsneuabschlüsse aus. Hier handelt es sich aber mehr um einen Basiseffekt nach dem Konjunkturerinbruch als um einen expansiven Vorgang im eigentlichen Sinne. Jones Lang LaSalle (JLL) zufolge wurden in diesen Bürostandorten im ersten Halbjahr 2011 rund 1.322.000 qm Fläche neu vermietet, was das Halbjahresergebnis des Vorjahres deutlich übertrifft. Die Entwicklung der Büroflächenumsätze verlief indes regional sehr unterschiedlich. Die größten Zuwächse erzielte Frankfurt mit plus 71,7% und Stuttgart mit 59,0%. Für das Gesamtjahr 2011 rechnet JLL über alle Städte hinweg mit Vermietungsneuabschlüssen knapp über Vorjahresniveau.

Im ersten Halbjahr 2011 wurden auf den sechs Büromärkten nur rund 248.000 qm fertig gestellt. Für die zweite Jahreshälfte rechnet JLL mit weiteren ca. 636.000 qm und damit mit einem Jahresergebnis, welches rund 20% unter dem Fertigstellungsvolumen 2010 liegt. Die Verfügbarkeit von neuen, sehr gut ausgestatteten Flächen vor allem in den von Mietinteressenten besonders nachgefragten innerstädtischen Lagen nimmt damit weiter ab. Da sich der Fokus der Mieter stark auf gute Flächen in den besseren Lagen richte und es damit in einigen Teilmärkten zu Engpässen gekommen ist, werden laut JLL Mieter bei größer werdender Einschränkung – trotz eines großen Angebotes insgesamt – verstärkt in Projektentwicklungen anmieten und so den Neubauzyklus anregen.

Der Leerstand bei Büroimmobilien in den sechs Teilmärkten war mit rund 8,3 Mio qm leicht rückläufig gegenüber dem Vorquartal (-2%). Im Stichtagsvergleich stieg er aber um knapp 3% an und entspricht einer stabilen Leerstandsquote von 10,4%. Flächenmäßig den höchsten Leerstand zeigt München mit 2,084 Mio qm (entspricht 10,5%) und prozentual Frankfurt mit 14,3% (1,700 Mio qm). Die relativ geringe Anzahl fertig gestellter Objekte kompensiert die gebremste Nachfrage, so dass wir auch für 2011 mit einer leicht rückläufigen Leerstandsquote rechnen.

Die erzielten Spitzenmieten zeigten sich im ersten Halbjahr 2011 leicht positiv steigend. Angeführt wird das Spitzenmieten-Ranking von Frankfurt mit stabilen 33 € je qm,

gefolgt von München mit leicht gestiegenen 30 € je qm. Schlusslicht ist Stuttgart mit ebenfalls leicht gestiegenen 18 € je qm. Die Tendenz, dass sich die Mieten für erstklassige Büroimmobilien und Lagen stabil halten oder sogar leicht steigen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass für durchschnittliche Lagen und Objektqualitäten ein weiter gegenläufiger Trend festzustellen und weiter zu erwarten ist.

Der deutsche Investmentmarkt hat seine 2010 gezeigte Dynamik auch im ersten Halbjahr 2011 fortgesetzt. Mit einem Transaktionsvolumen von gut 11,3 Mrd € laut JLL übertraf das erste Halbjahr deutlich das Ergebnis des Vorjahreszeitraumes. Es ist damit das beste Halbjahresergebnis seit Anfang 2008. Auf den Einzelhandel entfielen 55% des Transaktionsvolumens, hingegen auf Büroimmobilien 25% sowie Hotels 5% und Lager/ Logistikimmobilien knapp 5%. Den Transaktionsmarkt führten an Frankfurt mit 1,33 Mrd € (+309% gegenüber 325 Mio € im 1. Halbjahr 2010) und Hamburg mit 1,1 Mrd € (+108% gegenüber 530 Mio €). Mit einem Transaktionsvolumen von 130 Mio € ist Stuttgart Schlusslicht (-41% gegenüber dem Vorjahresstichtagswert).

Die höhere Investitionsnachfrage (im Wesentlichen geschlossene Fonds, Pensionsfonds, Versicherungen und Banken) wurde mit einem Anteil von 50% und somit wesentlich durch ausländische Investoren beeinflusst. Unterstützt wurde diese Entwicklung von der einsetzenden Erholung der Immobilienwerte, dem Wirtschaftsaufschwung und der wieder zunehmenden Bereitschaft der Banken, entsprechende Kredite herauszugeben. Für das Gesamtjahr erwarten JLL und CB Richard Ellis weiterhin rege Investitionstätigkeit und ein Transaktionsvolumen zwischen 20 und 25 Mrd €.

Die Immobilienrendite (aggregierte Nettoanfangsrendite) für Objekte in 1a-Lagen bewegte sich laut JLL in einer Bandbreite von 4,16% bis 7,01% und lag damit leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Bis Jahresende 2011 dürfte es insgesamt noch zu einem weiteren leichten Renditerückgang kommen.

Die anderen europäischen Märkte für gewerbliche Immobilienfinanzierungen profitierten von einer – wenn auch langsam einsetzenden – Stabilisierung der Mietsituation. Ein von JLL ermittelter europäischer Mietpreisindex, basierend auf der gewichteten Performance von 24 europäischen Index-Städten, weist erneut einen Anstieg der durchschnittlichen Spitzenmiete im 1. Quartal von moderaten 1,5% aus. Diese positive Entwicklung war auf Mietzuwachs in Moskau, London, Lyon und Düsseldorf zurückzuführen. Während 18 Märkte sich kaum veränderten, üben die Schuldenprobleme in den PIIGS Staaten weiter Druck auf die Mieten aus.

Rückläufige Fertigstellungen und einsetzende Belegung des Vermietungsmarkts reduzierten den teilweise drastischen Leerstandsaufbau vorhergehender Berichtsperioden erstmalig seit 2007. Insgesamt belief sich die durchschnittliche europäische Leerstandsquote bei gewerblichen Immobilien auch im ersten Quartal 2011 nahezu unverändert bei 10,3%.

Für das Gesamtjahr 2011 rechnet JLL auf dem europäischen Transaktionsmarkt mit einem stabilen Gesamtumsatz von bis zu 100 Mrd € (1. Quartal 2011: rund 27 Mrd €). Die beiden nachfragestärksten Märkte waren im ersten Halbjahr Großbritannien und Deutschland.

Der Großteil der Investitionen wurde nach wie vor in Einzelhandelsflächen getätigt (42%), gefolgt von Büroflächen (32%). Insgesamt konzentrierte sich das Transaktionsgeschehen auf erstklassige Objekte mit langfristig gesichertem Cash Flow.

Der US-amerikanische Gewerbeimmobilienmarkt – anders als der Markt für Wohnimmobilien – zeigte nur in wenigen Regionen erste Anzeichen einer Erholung und hier insbesondere am Markt für Büroimmobilien. Erstmals seit Beginn der Finanzkrise überstieg die Mietnachfrage in Zentrallagen der amerikanischen Metropolen die Freisetzung von Mietflächen aufgrund Um- und Auszügen. Cushman & Wakefield (C&W) bezifferte dieses Plus zum Jahresende 2010 auf 204.000 Quadratmeter bei einer Neuvermietung von insgesamt 5,8 Mio Quadratmeter (plus 26,3% gegenüber 2009). Das Transaktionsvolumen bei US-Gewerbeimmobilien lag in 2010 bei 134,1 Mrd Dollar (Steigerung um mehr als 100% gegenüber 2009). Im Fokus der Investoren standen vor allem langfristig voll vermietete Bürogebäude in sehr guten Lagen. RREEF zufolge wurde für den gesamten US-Büromarkt in 2010 weiterhin ein beschleunigter Mietpreistrückgang (rund 5%) gemessen. Nur in fünf von vierundvierzig Städten bzw. Regionen, allen voran Washington D.C., verlangsamte sich der Mietpreistrückgang. Insgesamt werden für 2011 eine Trendwende und ein starker Anstieg erst in 2013 und 2014 erwartet. Die durchschnittliche Leerstandsquote erhöhte sich in 2010 erneut: im Sektor Büroimmobilien nochmals leicht von 16,3 auf 16,7%, bei Gewerbeobjekten um 0,1 auf 14% und bei Einzelhandelsgebäuden von 10,3 auf 10,8%.

Wiederaufnahme des Neugeschäfts in der Immobilienfinanzierung – Entwicklung des Immobilienkreditportfolios

Entsprechend der neuen Geschäftsstrategie 2011 nahm die Bank im zweiten Quartal die Neugeschäftsaktivitäten in der Immobilienfinanzierung wieder auf. Die Bank geht

wieder aktiv auf deutsche und internationale Marktteilnehmer (wie Syndication Desks, Originators, Partnerbanken) zu und öffnet sich auch für einzelne direkte Kreditanfragen von am Immobilienmarkt tätigen institutionellen Investoren. Gemäß der Geschäfts- und Risikostrategie 2011 liegt der Schwerpunkt bei großvolumigen gewerblichen Immobilienfinanzierungen im Inland und in ausgewählten Ballungszentren im angrenzenden europäischen Ausland. Entsprechend soll das US-Portfolio sukzessive bei Fälligkeit abgebaut werden. Sollte es opportun sein, wird auch ein vorfälliger Verkauf von Krediten aus dem US-Portfolio erwogen.

Das Neugeschäft im zweiten Quartal setzt sich aus wohnwirtschaftlichen Portfolio-Finanzierungen im Inland und gewerblichen Finanzierungen im europäischen Ausland zusammen. Es wurde ein Gesamtvolumen von rund 87 Mio € (davon 10 Mio € Prolongationen) neu zugesagt, das aber erst nach dem Berichtsstichtag ausbezahlt wird. Das gesamte Immobilienkreditportfolio einschließlich verbriefter Finanzierungen (Mortgage-Backed Securities/ MBS) wies zum 30. Juni 2011 einen Bestand von 1.461 Mio € (Stichtagskurse) auf und lag damit um 134 Mio € unter dem Wert per 31. Dezember 2010 (1.595 Mio €). Diese Reduzierung um 8,4% resultiert aus planmäßigen Tilgungen, Ablösungen durch andere Kreditinstitute, Verkäufen von MBS-Tranchen und Wechselkursänderungen.

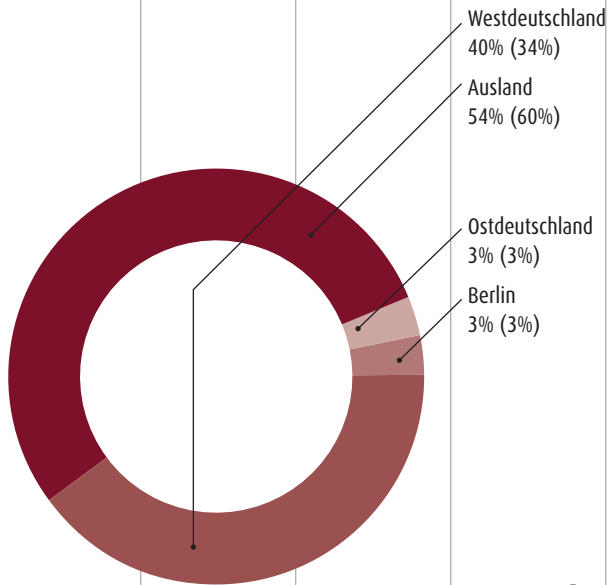
Der Anteil der Finanzierungen westdeutscher Immobilien einschließlich Berlin erhöhte sich auf 43,2% (37,2%), Finanzierungen ostdeutscher Immobilien nahmen leicht zu auf 3,0% (2,8%). Auf Kredite im EU-Ausland entfielen 21,8% (27,8%), auf das restliche Ausland (USA, Kanada, Schweiz) 32,0% (32,2%).

Im Wesentlichen konstant blieb auch der nach Objekt-nutzungen gegliederte Kreditbestand: Der Anteil der Wohnimmobilien stieg marginal auf 22,4% (22,0%), der Anteil gewerblicher Immobilien sank entsprechend auf 77,6% (78,0%). Unter den Gewerbeimmobilien dominieren weiterhin die Büroobjekte mit einem Anteil von 52,0% (51,1%), gefolgt von Groß- und Einzelhandelsobjekten mit 13,9% (14,1%), Betreiberimmobilien (Hotels, Seniorenheime) mit 10,3% (11,4%) und sonstige Finanzierungen mit 1,4%. Die Durchschnittsgröße der Finanzierungen belief sich auf 13,1 Mio € je Kreditnehmer (12,9 Mio €). Im Immobilienkreditportfolio sind MBS-Forderungen in Höhe von 257 Mio € (303 Mio €) enthalten. Der MBS-Bestand wurde aktiv durch den Verkauf zweier Tranchen in Höhe von insgesamt rund 29 Mio € zurückgeführt. Der übrige Rückgang beruht auf plan- und außerplanmäßigen Tilgungen sowie Wechselkursänderungen. Das MBS-Portfolio besteht aus einstufigen, klassischen Pass-Through-Strukturen. Die dem Portfolio zugrunde liegenden Forderungen

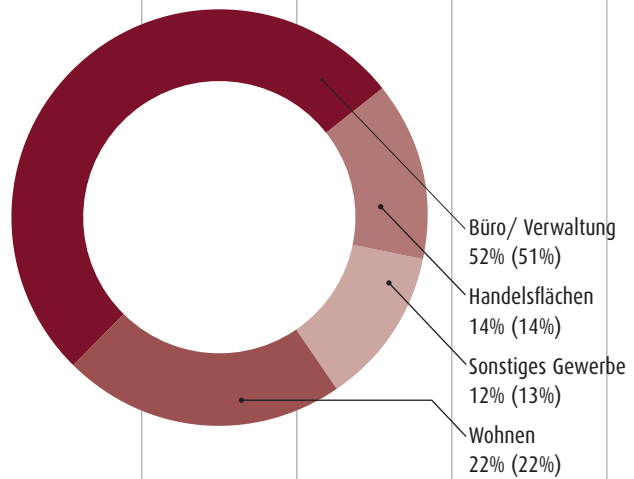
1 (Abb. auf Seite 8)

2 (Abb. auf Seite 8)

1 Immobilienkredite nach Lagen
30.6.2011 (31.12.2010)



2 Immobilienkredite nach Nutzungen
30.6.2011 (31.12.2010)



dienen ausschließlich der Finanzierung von in Westeuropa gelegenen Immobilien, darunter 54% (49%) Wohnimmobilien (Residential MBS) und 46% (51%) gewerblich genutzte Immobilien (Commercial MBS). Die insgesamt 22 (24) Tranchen aus 16 (17) MBS-Emissionen verteilen sich auf die folgenden Länder: EU gemischt 23% (21%), Großbritannien 13% (21%), Spanien 19% (17)%, Italien 17% (15%), Irland 7% (6%), Frankreich 8% (7%), Portugal 5% (6%), Griechenland 5% (5%) sowie Deutschland 3% (2%). 47% (48%) des Bestandes sind EZB-fähig.

Bedingt durch die Unsicherheit in den EU-Peripheriestaaten sowie der sinkenden Liquidität am Sekundärmarkt sind insbesondere die Spreads für die CMBS gestiegen. Einhergehend mit den Rating-Herabstufungen der PIIGS-Staaten gab es auch Herabstufungen bei den RMBS aus Spanien, Griechenland und Portugal und bei den CMBS aus Deutschland und Frankreich. Von den anfänglich noch 24 MBS-Tranchen haben im Berichtszeitraum 11 Tranchen eine Rating-Herabstufung erfahren. Dies hatte zum Teil eine erhöhte Eigenkapitalbindung auf Bankseite zur Folge. 44,9% (55,8%) des Bestands wiesen zum 30. Juni 2011 ein von mindestens einer Ratingagentur bestätigtes AAA-Rating auf, 29,6% (19,2%) ein AA-Rating; weitere 25,5% (12,2%) wurden mit einem Investment-Grade-Rating bewertet. Die beiden mit „BB“ bzw. „B“ bewerteten Tranchen (12,8%) wurden aufgrund der mit dem schlechten Rating einhergehenden erhöhten Eigenkapitalanforderungen im Berichtszeitraum unter Realisierung eines Verlustes von 6,0 Mio € verkauft. Für das übrige MBS-Portfolio gab es unverändert keine Veranlassung für die Bildung von Wertberichtigungen. Bei sämtlichen MBS-Tranchen liegen keine Zins- oder Tilgungsrückstände vor.

De-Risking im Kapitalmarktgeschäft

Im Rahmen des Risikoabbaus wurden in der ersten Jahreshälfte Wertpapiere veräußert, die nach der neuen Geschäftsstrategie nicht Zielgeschäft sind. Hierzu gehören z. B. Anlagen in Genussscheinen und Hybridanleihen von Unternehmen und Finanzinstitutionen, aber auch Staatsanleihen aus Osteuropa und Südafrika. Südamerikanische Staats- und Unternehmensanleihen sind bis auf geringe Restbestände vollständig abgebaut. US-Municipals sind vollständig verkauft worden. Insgesamt ermäßigte sich der Bestand fälligkeitsbedingt und durch aktiven Risikoaktivaabbau um 2,2 Mrd € auf 14,0 Mrd € (16,2 Mrd €).

Neugeschäft im Kapitalmarktbereich wurde bis auf einen Betrag von 35 Mio € – Neuerwerb für die ordentliche Deckung – nicht abgeschlossen.

Unter dem Geschäftsfeld „Kapitalmarktgeschäft“ der Düsseldorfer Hypothekenbank sind die Teilportfolien

„Staatskreditgeschäft (ordentliche Deckung)“, „Ersatzdeckungsgeschäft“ und „Außerdeckungsgeschäft“ zusammengefasst.

Auf das Teilportfolio „Staatskreditgeschäft“, dessen Bestand sich auf 9,2 Mrd € (10,5 Mrd €) verminderte, entfielen 65,6% (64,6%). Es umfasst alle Forderungen, die sich gemäß deutschem Pfandbriefgesetz als ordentliche Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe qualifizieren. Schuldner sind Öffentliche Haushalte (Staaten, Regionalregierungen, Gebietskörperschaften) aus Deutschland (39,7%), den Staaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums (59,0%) sowie der Schweiz (1,0%) und Japan (0,3%). 88,0% der Forderungen verfügen über ein Investment-Grade-Rating von „BBB-“ oder besser, 7,8% sind nicht geratet.

Das auf 2,7 Mrd € (3,1 Mrd €) geschrumpfte Teilportfolio „Ersatzdeckungsgeschäft“, das alle Wertpapierforderungen gegen Kreditinstitute (Bankanleihen) enthält, die nach den vom Pfandbriefgesetz vorgegebenen Regeln zur ergänzenden Deckung geeignet sind, repräsentiert 19,5% (18,8%) des Kapitalmarktgeschäfts. 27,1% dieses Teilportfolios entfallen auf Pfandbriefe und andere Covered Bonds aus europäischen Ländern. Der Anteil von Forderungen mit einem Investment-Grade-Rating erreichte 89,8%, während 9,7% nicht geratet sind.

Im Teilportfolio „Außerdeckungsgeschäft“ befinden sich alle Wertpapierforderungen, die weder zur ordentlichen noch zur ergänzenden Deckung verwendet werden. Der auf 2,1 Mrd € (2,7 Mrd €) reduzierte Bestand verteilt sich mit 49,4% auf Bankschuldverschreibungen, 24,2% auf strukturierte Cédulas, 19,6% auf Pfandbriefe ausländischer Emittenten, 5,9% auf Staatskredite (inklusive Sub-Sovereigns) sowie 0,9% auf Genussscheine, Hybridanleihen und Corporates. Der Anteil von Forderungen mit einem Investment-Grade-Rating beträgt 93,7%, der Anteil von ungerateten Forderungen 0,7%.

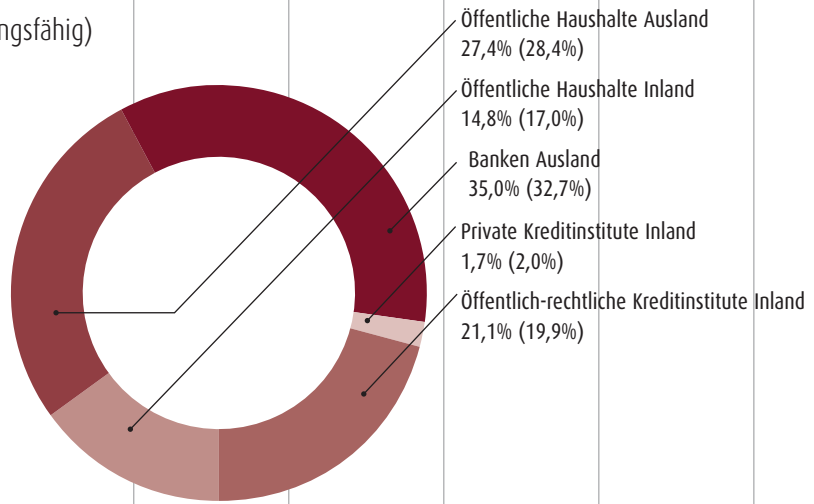
Entwicklung des Derivatebestands

Zum Berichtsstichtag hielt die Bank einen Bestand an derivativen Finanzinstrumenten im Nominalvolumen von 33,9 Mrd € (per 31. Dezember 2010: 39,4 Mrd €), der sich auf Zinsswaps über nominal 32,8 Mrd €, Cross-Currency-Swaps über nominal 0,9 Mrd € und Forward Rate Agreements über 0,2 Mrd € verteilte. Der deutliche Bestandsrückgang von 5,5 Mrd € war im Wesentlichen die Folge planmäßig ausgelaufener Abschlüsse und der vorzeitigen Schließung von Swaps in Verbindung mit dem Portfolioabbau.

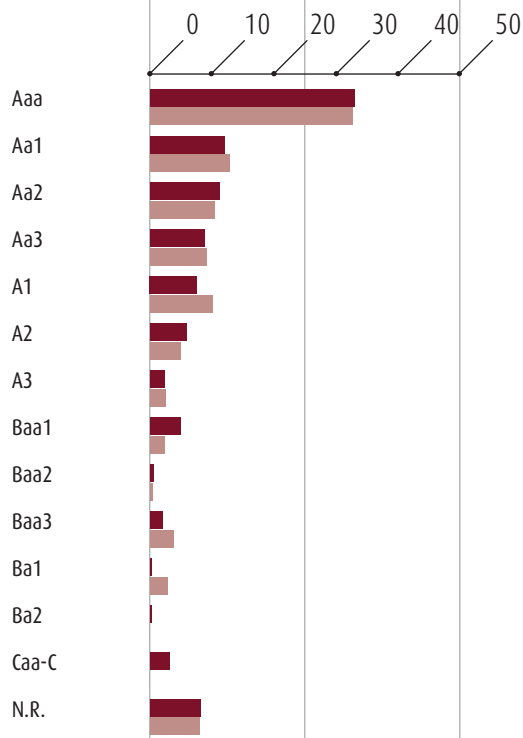
3 (Abb. auf Seite 10)

4 (Abb. auf Seite 10)

3 Staatskredit- und Wertpapiergeschäft
nach Kreditnehmergruppen
(Deckungsfähig & Ersatzdeckungsfähig)
30.6.2011 (31.12.2010)



4 Staatskredit- und Wertpapiergeschäft
nach Bonität in %
(Deckungsfähig & Ersatzdeckungsfähig)
30.6.2011 (31.12.2010)



Zur Absicherung des spezifischen Zinsänderungsrisikos (Zinsswaps) und/ oder des spezifischen Fremdwährungsrisikos (Cross-Currency-Swaps), das mit dem Abschluss einzelner Aktiv- bzw. Passivpositionen verbunden ist, werden derivative Finanzinstrumente eingesetzt.

Dabei erfolgt die Absicherung dergestalt, dass Euro-Festzinspositionen strukturkongruent in variabel verzinsliche Euro-Positionen und fest-/ variabel verzinsliche Fremdwährungspositionen strukturkongruent in variabel verzinsliche Euro-Positionen gewandelt werden.

Die Bank verwendet derivative Finanzinstrumente einerseits im Rahmen einer Mikro-Hedge-Beziehung mit einem engen Sicherungszusammenhang und andererseits als Makro-Hedge zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos der Bank, das aus der Gesamtheit der zinstragenden Positionen resultiert. Handelsrechtlich wird jedoch vom Wahlrecht Gebrauch gemacht, keine Bewertungseinheiten zu bilden.

Refinanzierung und Liquidität

Aufgrund der im In- und Ausland anerkannten hohen Qualität des Pfandbriefs vollzog sich die Normalisierung der Risikoaufschläge am deutschen Pfandbriefmarkt früher als bei anderen Covered-Bond-Märkten und zeigt sich seitdem sehr stabil. Zur Jahresmitte 2011 lagen die Emissionsspreads für zehnjährige Laufzeiten ausweislich der vdp-Kurve „Hypothekendarlehen“ und der vdp-Kurve „Öffentliche Pfandbriefe“ bei 31 bp bzw. 24 bp über der Swapkurve, nach 28 bp bzw. 21 bp zum Vorjahresende.

Der Brutto-Absatz von Hypothekendarlehen erreichte bis Ende April 2011 (letzte vorliegende Zahl der Bundesbankstatistik) 14 Mrd €, ein Plus von 41% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Absatz Öffentlicher Pfandbriefe stieg im gleichen Zeitraum leicht um 0,5% auf 13,5 Mrd €, was im Wesentlichen auf die weiterhin zurückhaltende Kreditvergabe im Staatskreditgeschäft der Pfandbriefbanken zurückzuführen ist.

Angesichts des nunmehr erst wieder anlaufenden Darlehensneugeschäfts und des Abbau des Kapitalmarktgeschäfts spielte die Emission von Pfandbriefen im Berichtszeitraum keine Rolle, daher wurden im Berichtszeitraum keine Hypothekendarlehen (1. Halbjahr 2010: 80 Mio €) und keine Öffentlichen Pfandbriefe (0 Mio €) begeben.

Als wichtige Stütze der Liquiditätsbeschaffung der Bank erwies sich unverändert das Offenmarktgeschäft mit der EZB, dessen Gesamtvolumen planmäßig von 2,7 Mrd € per Ende Dezember 2010 auf 1,4 Mrd € zum Berichtsstich-

tag reduziert wurde. Auch das Repo-Geschäft mit anderen Kreditinstituten verringerte sich auf 2,5 Mrd € nach 2,8 Mrd € per Ende 2010.

Weitere wichtige Refinanzierungsquellen waren die Hereinnahme von Termingeldern und Kundeneinlagen sowie die Emission von kurzfristigen Schuldscheindarlehen. Dabei verringerte sich das Volumen der aufgenommenen Darlehen gegenüber dem Vorjahresende (2,1 Mrd €) um 28,6% auf rund 1,5 Mrd €.

Im Berichtszeitraum wurden mittel- und langfristige Refinanzierungsmittel im Umfang von insgesamt 1,5 Mrd € (1,3 Mrd €) aufgenommen.

Der seitens des SoFFin der Düsseldorfer Hypothekendarlehenbank zur Verfügung gestellte Garantierahmen im Gesamtvolumen von bis zu 2,4 Mrd €, davon 0,8 Mrd € mit einer Laufzeit von einem Jahr und 1,6 Mrd € mit einer Laufzeit von drei Jahren, ist laufzeitengerecht ausgenutzt worden. Eine Anleihe in Höhe von 0,8 Mrd € ist am 4. August 2011 zur Rückzahlung fällig. Die zweite SoFFin-garantierte Anleihe über 1,6 Mrd € ist mit einer Laufzeit bis zum 13. Dezember 2013 ausgestattet.

Ratings

Die Düsseldorfer Hypothekendarlehenbank lässt sich und die von ihr emittierten Pfandbriefe durch die Ratingagentur Fitch analysieren. FitchRatings bewertet neben den Öffentlichen Pfandbriefen auch die unbesicherten Verbindlichkeiten der Bank. Die turnusmäßige Jahresanalyse 2010/ 2011 ist durchgeführt, aber noch nicht abgeschlossen. Ergebnisse sind noch nicht veröffentlicht.

Die zuletzt veröffentlichten Ratingeinstufungen der Bonität der Bank als Emittentin stammen aus August 2010. Danach wurde das langfristige Institutsrating (LT IDR) der Bank mit BBB- und stabilem Ausblick und das kurzfristige Institutsrating (ST IDR) mit F3 bewertet. Das AAA-Rating der Öffentlichen Pfandbriefe wurde zuletzt am 17. August 2010 mit stabilem Ausblick bestätigt. Die SoFFin-garantierte Schuldverschreibung über 1,6 Mrd €, die am 13. Dezember 2013 fällig wird, erhielt von Fitch Ratings am 9. Dezember 2010 ein erwartetes Langfristrating von AAA.

Das „Support-Rating“ (SFR) ist mit der zweithöchsten Note 2 eingestuft. Das Support-Rating ist die Einschätzung von Fitch bezüglich der Bereitschaft und Fähigkeit eines möglichen Unterstüters, die bewertete Bank zu unterstützen. Dabei steht „1“ für eine hohe Wahrscheinlichkeit externer Unterstützung. Der Unterstüter wird dabei in dessen IDR sehr hoch eingeschätzt, ebenso seine Bereitschaft, die Unterstützung tatsächlich zu leisten.

5

(Abb. S. 12)

5

Refinanzierungsstruktur 30. Juni 2011

	30.6.2011	31.12.2010
Öffentliche Pfandbriefe	38 %	41 %
Pfandbriefe	4 %	4 %
Wertpapierbeleihung mit EZB (Tender)	8 %	14 %
Wertpapierbeleihung mit Banken (Repo)	15 %	15 %
sonstige Bankenverbindlichkeiten	2 %	2 %
Kundeneinlagen	17 %	11 %
Inhaberschuld- verschreibungen	15 %	12 %
nachrangige Verbindlichkeiten	1 %	1 %
	100 %	100 %

6

Ergebnisrechnung 30. Juni 2011, Mio €

	30.6.2011	30.6.2010
Zinsergebnis	-92,8	1,7
Provisionsergebnis	-13,9	-6,3
Zins- und Provisionsergebnis	-106,7	-4,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0,6	0,2
Verwaltungsaufwand	-9,3	-11,6
Rohergebnis	-115,4	-16,0
Bewertungsergebnis	18,4	-0,7
Operatives Ergebnis	-97,0	-16,7
Außerordentliches Ergebnis	0,0	-6,3
Ergebnis vor Steuern	-97,0	-23,0
Steuern	0,0	0,0
Ergebnis nach Steuern	-97,0	-23,0

FitchRatings hat im März 2011 die bisherige Neun-Stufen-Skala des Individualratings auf eine 19-Stufen-Skala transponiert unter der neuen Definition des „Viability Rating“ (VR). Die diesbezügliche Neuklassifizierung der Bank (Vorjahr: Individualrating E) ist noch nicht veröffentlicht.

Die Bank wird gemäß ihrer öffentlichen Selbstverpflichtung in der Fassung vom 13. August 2010 sicherstellen, dass für ihre umlaufenden Öffentlichen Pfandbriefe eine freiwillige nominale Überdeckung von mindestens 13,2% vorgehalten wird. Die tatsächliche nominale Überdeckung lag seit diesem Zeitpunkt jederzeit darüber. Die Bank behält sich das Recht vor, mit einer Frist von mindestens vier Wochen die Parameter der Selbstverpflichtung zu ändern oder diese komplett zurückzuziehen.

Beteiligungen

Die Düsseldorfer Hypothekbank ist über die Bauer Aktiengesellschaft zur Entwicklung des europäischen Kommunal- und Hypothekarkredits, Glarus (Schweiz), mittelbar an der Banque Bauer Suisse S.A. mit Sitz in Genf beteiligt. Die Beteiligung an der Bauer AG Glarus ist im Anlagevermögen geführt und wird jährlich auf eine dauernde Wertminderung überprüft. Der Wertansatz zum letzten Bilanzstichtag in Höhe von 11 Mio € wurde zum Berichtszeitpunkt beibehalten, zumal derzeitige Verkaufsverhandlungen die Realisierung des Wertes erwarten lassen.

Zusätzlich bestand im Berichtszeitraum vorübergehend noch eine 15%- bzw. 3 Mio €-Beteiligung an der neu gegründeten Bankhaus Bauer AG. Diese war Bestandteil im Rahmen des Verkaufsprozesses der Zweigniederlassung Bankhaus Bauer mit Sitz in Stuttgart und wurde planmäßig am 1. Februar 2011 zum Buchwert an den jetzigen Alleineigentümer veräußert.

Im Mai 2011 hat die Düsseldorfer Hypothekbank eine Kapitalerhöhung bei der MHB-Bank AG, Frankfurt am Main, gezeichnet und ist nun nach der Handelsregistereintragung Anfang Juli mit 24,9% oder 2,5 Mio € an der MHB-Bank AG beteiligt. Diese Beteiligung soll die strategische Neuausrichtung der Bank unterstützen, Kostensynergien nutzen und Neugeschäftsmöglichkeiten generieren.

Schließlich ist die Bank im März 2011 eine nicht strategische, kurzfristig angelegte Beteiligung an der AHBR Capital Funding mit einem Buchwert von 46,2 Mio € eingegangen.

Bilanzsumme und Eigenmittel

Zum 30. Juni 2011 hat sich die Bilanzsumme der Bank durch den strategiekonformen Abbau der Risikoaktiva

bereits deutlich auf 17,6 Mrd € (20,6 Mrd €) vermindert. Die „Forderungen an Kreditinstitute“ verringerten sich um rund 0,7 Mrd €, die „Forderungen an Kunden“ um 0,6 Mrd €. Deutlich verringert hat sich die Position „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ um 1,7 Mrd €. Hier wirkte sich insbesondere der begonnene Abbau des Wertpapierportfolios aus. Im Einklang mit den Beständen reduzierten sich die „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ um 1,8 Mrd € und die „verbrieften Verbindlichkeiten“ um 1,6 Mrd € bei einer Erhöhung der „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ um 0,5 Mrd €.

Die haftenden Eigenmittel gemäß § 10 KWG beliefen sich zum 30. Juni 2011 auf 826,9 Mio € (per 31. Dezember 2010: 862,5 Mio €). Davon entfielen 633,2 Mio € (649,2 Mio €) auf das Kernkapital und 193,7 Mio € (213,3 Mio €) auf das Ergänzungskapital. Die Kernkapitalquote betrug 21,7% (17,2%), während die Gesamtkapitalquote 28,3% (22,9%) erreichte.

Ertragslage

Zinsergebnis mit negativem Saldo

Die Ertragsituation der Bank war auch im ersten Halbjahr 2011 weiterhin geprägt von den ertragsbelastenden Maßnahmen der Vorjahre (bis einschließlich 2007), der mehr als zweijährigen Pause beim Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung und im Staatskreditgeschäft sowie den nach wie vor erschwerten Refinanzierungsbedingungen. Vor allem hatte der mit dem Portfolio-Abbau verbundene negative Ergebniseffekt durch die Schließung von Mikro-Hedge-Positionen einen deutlichen Einfluss. Dieser ist jedoch in Zusammenhang mit dem diesbezüglichen positiven Ergebnis aus dem Bewertungsergebnis zu sehen.

Das Zinsergebnis wies aufgrund der vorhandenen Fälligkeitsstruktur einen negativen Saldo von 13,7 Mio € aus, der um Closing-Verluste, die aus der Schließung von Derivate-Positionen in Zusammenhang mit dem Portfolioabbau verursacht wurden, auf -92,8 Mio € (Vorjahreszeitpunkt 1,7 Mio €) zu erhöhen war. Wie im Vorjahr sind keine weiteren Ergebnisverbessernden Beiträge aus der vorfälligen Auflösung von Derivate-Positionen enthalten.

Das Provisionsergebnis von -13,9 Mio € (-6,3 Mio €) besteht weitestgehend aus der Zahlung von Garantievorsprovisionen für die Inanspruchnahme der SoFFin-Garantien. Das Zins- und Provisionsergebnis ermäßigte sich durch die beschriebenen besonderen Umstände im Zeitraumvergleich somit deutlich auf -106,7 Mio € (-4,6 Mio €).

Bedingt durch den Verkauf des Privatkundengeschäftes Bankhaus Bauer reduzierte sich die Personalausstattung

6 (Abb. auf Seite 12)

stark von durchschnittlich 81 Mitarbeitern auf 51. Damit einhergehend verringerte sich der Personalaufwand von 3,5 Mio € auf 2,5 Mio €.

Der Sachaufwand konnte weiter verringert werden von 8,1 Mio € auf 6,9 Mio € (jeweils einschließlich der Abschreibungen auf Sachanlagen). Den größten Anteil am Verwaltungsaufwand hatten die Umlage des Bundesverbands deutscher Banken – Einlagensicherungsfonds, EDV-Kosten sowie Beratungskosten.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich auf 0,6 Mio € (0,2 Mio €). Die positive Entwicklung ist auf die Erträge aus den beiden im Bestand befindlichen Immobilien-Rettungserwerben zurückzuführen.

Zum 30. Juni 2011 wurde erstmals die mit dem Bewertungsmodell ermittelte pauschale Risikovorsorge für Griechenland im größeren Umfang aufgestockt. Anlass ist das vom IIF vorgelegte „Term-Sheet“ und die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IdW) herausgegebenen Stellungnahmen zur Abbildung der Risiken aus griechischen Staatsanleihen. Dem Modell wurden mittels Szenariorechnungen einerseits hohe Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Basis der Rating-Herabstufungen zugrunde gelegt. Bei den LGD-Werten wurden aber auch die besondere Einbettung Griechenlands in die Europäische Union und die zahlreichen Rettungsaktionen berücksichtigt. Grundlage der Bewertung ist der Kenntnisstand vom 29. Juli 2011.

Das Bewertungsergebnis, das sowohl die Risikovorsorge für das Immobilienkreditgeschäft sowie das Staatskredit- und Wertpapiergeschäft als auch sämtliche Erträge und Aufwendungen aus der Überkreuzkompensation enthält, verbessert sich deutlich zum 30. Juni 2011 auf einen Ertrag von 18,4 Mio € (-0,7 Mio €). Hierzu haben vor allem die Veräußerungserlöse von Wertpapieren aus dem Portfolioabbau in Höhe von 45,8 Mio € beigetragen, die sich im Zinsergebnis durch die Schließung von Derivate-Absicherungsgeschäften negativ ausgewirkt haben. Dagegen laufen Wertberichtigungen, die im Rahmen eines pauschalierten Modellansatzes vor allem auf griechische Anleihen entfallen, mit einem saldierten Zuführungsbetrag von insgesamt 36,9 Mio € sowie Abschreibungen auf Wertpapiere, für die eine Verkaufsabsicht besteht, von 2,9 Mio €. Das Immobilienfinanzierungsgeschäft hat durch die Auflösung einer Einzelwertberichtigung von 1,0 Mio € zu diesem Resultat beigetragen. Die Bank weist zum Halbjahresende einen Fehlbetrag von 97 Mio € (23 Mio €) aus.

Die auf kalkulatorischen Annahmen beruhende Segmentrechnung der Bank, aus der das Gesamtergebnis resultiert, unterteilt ihre Geschäftstätigkeit in das Geschäftsfeld „Immobilienfinanzierung“ mit den Teilportfolien „Hypothekendarlehensgeschäft“ und „MBS“ sowie das

Geschäftsfeld „Kapitalmarktgeschäft“ mit den Teilportfolien „Staatskreditgeschäft (ordentliche Deckung)“, „Ersatzdeckungsgeschäft“ und „Außerdeckungsgeschäft“. Nach Zuordnung von anteiligen Verwaltungsaufwendungen und Verrechnung des Bewertungsergebnisses weist die Immobilienfinanzierung ein Vorsteuerergebnis von -3,5 Mio € (+0,7 Mio €) und das Kapitalmarktgeschäft von -84,4 Mio € (-19,4 Mio €) aus. Das Vorsteuerergebnis der Restaktivitäten beläuft sich auf -9,1 Mio € (-4,3 Mio €).

Risikobericht

Die Hauptaufgabe des Risikomanagements ist die langfristige Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der Bank. Der Begriff der Risikotragfähigkeit beschreibt die Fähigkeit, übernommene Risiken auch tatsächlich tragen zu können. Hieraus ergibt sich für die Bank neben der Messung der Risiken die Notwendigkeit, das zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial zu ermitteln. Ist das Risikodeckungspotenzial stets größer als die quantifizierten Risiken, ist die Risikotragfähigkeit der Bank dauerhaft gegeben.

Die Bank hat das Risikosteuerungskonzept auch im ersten Halbjahr 2011 weiter verfeinert und die Limitarchitektur der neu festgelegten Geschäftsstrategie angepasst. Die vorgegebenen Limite für die verschiedenen Risikokategorien wurden im Berichtshalbjahr zu keinem Zeitpunkt überschritten.

Die Verantwortung für das Management der Risiken liegt beim Gesamtvorstand. Unterstützt wird er durch den Aktiv-Passiv-Ausschuss (APA) und dem im Rahmen der Umsetzung der aktuellen MaRisk-Änderungen neu installierten Risikokomitee-Gremium, welches regelmäßig tagt und die strategischen Risiken steuert.

Innerhalb des Risikomanagements kommt der aufbauorganisatorischen Ausgestaltung der Prozesse eine große Bedeutung zu. Die Bank hat Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Mitarbeiter klar definiert. Bei der Ausgestaltung der Aufbauorganisation wurde sichergestellt, dass aufsichtsrechtlich miteinander unvereinbare Tätigkeiten durch unterschiedliche Organisationseinheiten wahrgenommen werden.

Als Hauptrisikokategorien definiert die Bank

- das Kreditrisiko,
- das Marktpreisrisiko,
- das Liquiditätsrisiko und
- das Operationelle Risiko.

Darüber hinaus wurden sonstige Risiken wie das strategische Risiko, das Reputationsrisiko, das Risiko aus Beteiligungen sowie das Vertriebs- und Ertragsrisiko definiert. Im Gegensatz zu den Hauptrisikokategorien erfolgt die Bewertung der sonstigen Risiken nicht über gesonderte Limitsysteme.

Kreditrisiko

Als Kreditrisiko wird definiert die Gefahr des Ausfalls vertraglich vereinbarter Zins- und Tilgungsansprüche und der damit verbundenen Wertminderung von Vermögensgegenständen.

Das Immobilienfinanzierungsgeschäft und das Kapitalmarktgeschäft sind stets mit dem Eingehen von Kreditrisiken verbunden. Ziel des Kreditrisikomanagement ist es, diese Kreditrisiken zu erkennen, zu analysieren und angemessen zu steuern.

Die Kreditrisikostrategie setzt einen verbindlichen Rahmen für das Management bestehender und das Eingehen neuer Kreditrisiken in Abhängigkeit von der Risikotragfähigkeit der Bank. Kern der Kreditrisikostrategie ist das mehrstufige Limitsystem zur Begrenzung von Kreditrisikokonzentrationen auf Portfolio- und Einzelkreditnehmerebene. Der Steuerung des Länderrisikos kommt eine besondere Bedeutung innerhalb der Kreditrisikostrategie zu. Das Länderlimitsystem orientiert sich an allgemeinen Kriterien wie Länderbonität, politischer Stabilität, Stärke der Volkswirtschaft, Transparenz, Rechtssicherheit sowie – im Hinblick auf das Immobilienkreditgeschäft – an marktspezifischen Kriterien wie Volatilität, Liquidität und Reife der nationalen Immobilienmärkte. Der regelmäßig erstellte und der Geschäftsleitung vorgelegte Kreditrisikobericht hat die Risikotransparenz maßgeblich erhöht und unterstützt die Umsetzung der Kreditrisikostrategie.

Eine zentrale Anforderung an die Organisation des Kreditgeschäfts ist die Einhaltung der Trennung von vertriebs- und kundenbezogenen Funktionen („Markt“) einerseits und risikoanalyse- und risikomanagementbezogenen Tätigkeiten („Marktfolge“) andererseits. Die Bank wird diesem Prinzip durch eine konsequente organisatorische Trennung von Markt und Marktfolge gerecht.

Die Bearbeitung der Kredite erfolgt grundsätzlich auf der Marktfolgeseite. Ab der Kreditanfrage – also bereits weit vor Erstellung und Genehmigung des Kreditantrags – wird die Marktfolge an allen risikorelevanten Prozessen beteiligt. Dies geschieht durch Objektvorbesichtigungen, ein eigenständiges, separates Krediturteil, durch besondere Kontrollhandlungen und durch eine konkrete Prozessverantwortung. So setzt jede Kreditentscheidung im Immobilienfinanzierungsgeschäft die Zustimmung der Marktfolge als „zweites Votum“ voraus.

Auch die Bearbeitung von Problemkrediten liegt generell im Verantwortungsbereich der Marktfolge.

Die Kreditrisikomessung und die Berichterstattung über das Kreditrisiko auf Gesamtbankebene werden vom Risikocontrolling wahrgenommen. Voraussetzung für eine geschäftsfeldübergreifende, risikoorientierte Portfoliosteuerung ist eine einheitliche Kreditrisikomessung für das gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Kreditportfolio aus Kapitalmarktgeschäft, Immobilienkrediten, Geldmarkt- und Derivategeschäft. Maßgebliche Kreditrisikokennziffer für die Risikotragfähigkeitsrechnung ist der Credit Value at Risk (CVaR) des Kreditportfolios. Darüber hinaus ist der CVaR Maßzahl für den Risikobeitrag eines Landes, Subportfolios, Sektors oder Einzelkreditnehmers und dient der Identifizierung und Limitierung von Risikokonzentrationen.

Die monatliche Quantifizierung des Kreditrisikos, ausgedrückt als CVaR, erfolgt mittels eines ausfallbasierten Ein-Faktor-Kreditrisikomodells, dem Gordy-Modell. Die wesentlichen Risikoparameter dieses Modells sind Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default – PD) und Verlustquoten (Loss Given Default – LGD) in Abhängigkeit von extern (Kapitalmarktgeschäft) und intern (Immobilienfinanzierungsgeschäft) erhobenen Ratings nach anerkannten mathematisch-statistischen Verfahren. Um die Vergleichbarkeit der Geschäftsfelder zu erleichtern, wurde basierend auf den Ausfallwahrscheinlichkeiten eine bankinterne Rating-Masterskala eingeführt.

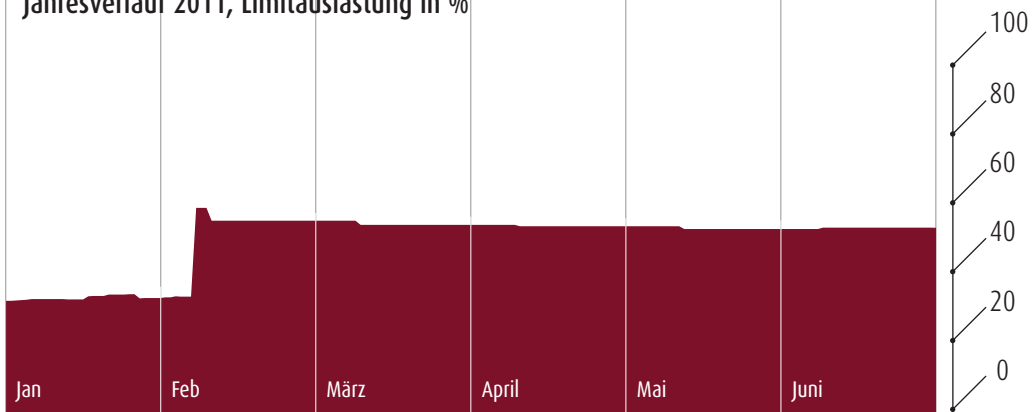
Die standardisierte Kreditrisikomessung wird um Stress-tests ergänzt, um den Einfluss externer Risikotreiber auf die Risikotragfähigkeit abzuschätzen und die Fähigkeit der Bank, Krisenszenarien standzuhalten, zu beurteilen.

Zum einen wird die Sensitivität des CVaR bezüglich unerwarteter Rating-Herabstufungen im gesamten Kreditportfolio und den einzelnen Steuerungsportfolien analysiert. Die mehrstufige Simulation umfasst sowohl erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeiten aufgrund einer milden Rezession als auch massive Downgrades aufgrund einer Finanzmarktkrise. Adressenkonzentrationen und eine geringe Portfoliolarität wirken risikoh erhöhend. Für das Portfolio der gewerblichen Immobilienkredite wird eine krisenhafte Verschlechterung der Mietindizes simuliert, welche sowohl Erhöhungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) als auch der Schadensquoten (LGD) impliziert.

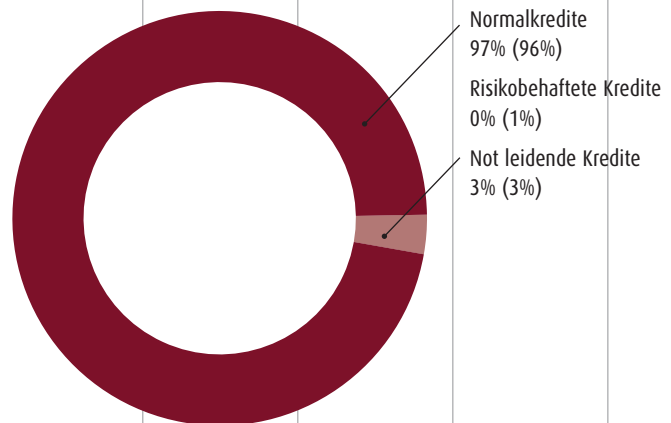
Zum anderen wird bei sogenannten inversen Stresstests analysiert, welche Stressfaktoren zu einem Verbrauch des freien Risikodeckungspotenzials führen würden. Die Simulation berücksichtigt als Stressfaktoren Adressenkonzentrationen nach Risikobeitrag, Frühwarnindikatoren – Credit Spreads im Kapitalmarktgeschäft, aktuelle Debt Service

7 (Abb. auf Seite 16)

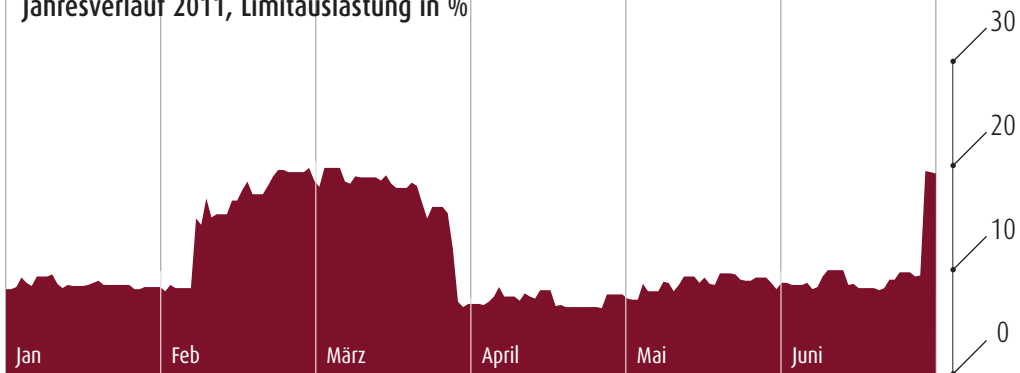
7 Entwicklung Kreditrisiko
Jahresverlauf 2011, Limitauslastung in %



8 Immobilienkredite nach Risikoklassen
30.6.2011 (31.12.2010)



9 Entwicklung Zinsrisiko
Jahresverlauf 2011, Limitauslastung in %



Coverage Ratios im Immobilienkreditgeschäft – sowie Segmente, welche nach interner Einschätzung besonders sensitiv auf makroökonomischen, politischen oder marktbedingten Stress reagieren.

Der zum Berichtsstichtag ermittelte CVaR lag mit 112 Mio € unter dem Wert zum Vorjahresresultimo (122 Mio €). Im Berichtszeitraum wurde das Kreditrisiko-Limit stets eingehalten.

Risikovorsorge Immobilienkreditgeschäft

Die Einstufung des Immobilienkreditbestands in maßnahmenorientierte Risikoklassen und das darauf aufbauende Frühwarnsystem versetzen die Bank in die Lage, eine frühzeitige, systematische Risikoerkennung zu betreiben, um vor dem Auftreten akuter Risiken reagieren und Risiko begrenzende Maßnahmen einleiten zu können.

Die Bank teilt das Immobilienfinanzierungsgeschäft in drei Kategorien mit insgesamt sechs Risikoklassen (RK) ein: Die Kategorie „Normalkredit“ umfasst die RK I „ohne Risiken“, RK II „geringe Risiken“ und RK III „erkennbare Risiken“. Die Kategorie „Problemkredite“ enthält die RK IV „erhöhte Risiken“ und RK V „akute Risiken“. In die RK V fallen alle Kredite, die zwar einen Rückstand über mindestens eine Leistungsrate von 90 Tagen und länger aufweisen (Ausfalldefinitionen in Anlehnung an Basel II), die aufgrund der bestehenden Sicherheiten aber keine Gefährdung der Kapitalforderung erwarten lassen („technischer Default“). Die rückständigen Zinsen werden einer Wertberichtigung unterzogen. In die Risikoklasse VI fallen alle Not leidenden Kredite (Kredite mit einer Kapital-Einzelwertberichtigung), bei denen eine die Forderung deckende Befriedigung nicht (mehr) erwartet wird.

Darlehen der RK IV, V und VI werden in regelmäßigen Abständen, mindestens aber jährlich auf das Erfordernis einer Wertberichtigung überprüft. Der Bedarf für eine Risikovorsorge besteht, wenn die Rückzahlung des Darlehenskapitals unter Berücksichtigung zufließender Mieten, des Sicherheitenwertes und der Bonität nicht mehr gewährleistet erscheint. Unabhängig davon werden sämtliche Zinsrückstände, deren Fälligkeit 90 Tage überschreitet, in vollem Umfang wertberichtigt. Eine gebildete Kapitalwertberichtigung wird mindestens jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

8

(Abb. S. 16)

Zum Berichtsstichtag wurden 97,1% (96,2%) des gesamten Immobilienkreditbestandes intern als „Normalkredit“ (RK I bis III) eingestuft, 0% (1%) als risikobehaftet (RK IV und V) und 2,9% (2,8%) als Not leidend (RK VI).

Im Berichtszeitraum gab es keine neuen Zuführungen zu den Kapital-Einzelwertberichtigungen im Rahmen der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft. Der Bestand an

Einzelwertberichtigungen im Immobilienkreditgeschäft erreichte zum Halbjahresende 13,1 Mio € (15,2 Mio €). Das sind 0,9% (1,0%) bezogen auf den Gesamtbestand der Immobilienfinanzierungen. Im Rahmen des Verkaufs von zwei MBS-Tranchen wurde im Berichtszeitraum ein Verlust von 6,0 Mio € realisiert. Für das übrige MBS-Portfolio gab es keine Zuführungen zu den Einzelwertberichtigungen.

Die Rückstandsquote, ausgedrückt als Verhältnis zwischen der Gesamtsumme aller rückständigen Zinsen (> 30 Tage) in Relation zum Immobilienkreditbestand, lag bei 0,0% (0,06%). Die tatsächlichen Risikokosten in Höhe von saldiert 0,0 Mio € (4,1 Mio €) entsprachen 0,0% (0,23%) des Immobilienkreditbestands. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre belief sich dieser Wert auf 0,21% (0,41%).

Risikovorsorge Kapitalmarktgeschäft

Im Kapitalmarktgeschäft teilt die Bank ihren gesamten Wertpapierbestand ebenfalls in sechs Risikoklassen (RK) ein: RK I: Kredite ohne nennenswerte Risiken, RK II: Watch-Kredite mit noch ausreichender Bonität, RK III: Watch-Kredite mit erhöhten Risiken; RK IV: Watch-Kredite mit hohen Risiken, RK V: Problemkredite, RK VI: Not leidende Kredite (in dieser RK verbuchte Wertpapiere unterliegen einer Einzelwertberichtigung). Grundlage für die Zuweisung eines Wertpapiers in eine Risikoklasse ist sein Rating und sein aktueller Risikoaufschlag gegenüber der Swapkurve (Asset-Swap-Spread). Dieses Verfahren stellt sicher, dass sowohl analystengestützte Expertise (Rating) als auch marktbasierter Informationen (Asset-Swap-Spread) in angemessener Form bei der Risikoklassifizierung Berücksichtigung finden.

Den Bestand an Defaultanleihen konnte die Bank im Berichtszeitraum von nominal 150 Mio € auf 50 Mio € erheblich abbauen. Die verbliebenen Anleihen sind um 39,7 Mio € abgeschrieben. Wir sind zuversichtlich, den Restbestand bis zum Jahresende abgebaut zu haben.

Positionen der Risikoklassen III, IV und V werden einer Modellbewertung unterzogen. Der auf diese Art ermittelte Expected Loss ist Grundlage einer pauschalen Risikovorsorge, die sich zum 30. Juni 2011 unter Berücksichtigung der Neubewertung von Griechenland-Anleihen auf 42,0 Mio € (5,2 Mio €) summiert. Bei den von der Bank gehaltenen griechischen Staatsanleihen, die alle eine Restlaufzeit von noch mindestens 23 Jahre haben, ist derzeit noch unklar, ob sich die Bank überhaupt an einer Umschuldung zu beteiligen hat und wenn ja, in welchem Umfang. Unter Anlegung konservativer Maßstäbe hat die Bank daher im Rahmen der pauschalen Risikovorsorge einen Betrag in Höhe von 37,6 Mio € auf Anleihen des Staates Griechenland gebildet.

Aufgrund von Bestandsveränderungen und unter Berücksichtigung von Inanspruchnahmen, Zuführungen bzw. Auflösungen von Wertberichtigungen sowie einer Vorsorge für allgemeine Bankrisiken erhöhte sich der absolute Betrag der Risikovorsorge per Saldo auf 43,8 Mio € nach 29,6 Mio € am Vorjahresende. Bezogen auf den Gesamtbestand im Kapitalmarktgeschäft betrug die Risikovorsorge 0,3% (0,2%).

Kapitalmarkt- und MBS-Exposure in den PIIGS-Staaten

Das Volumen der Engagements in den PIIGS-Staaten belief sich per 30. Juni 2011 einschließlich MBS auf insgesamt 4,4 Mrd € (per 31. Dezember 2010: 4,7 Mrd €). Die Risikoprämien für Staatsanleihen der EU-Peripherie-Staaten setzten in der ersten Jahreshälfte 2011 trotz der Rettungsaktionen von der Europäischen Union und dem IWF für Griechenland, Irland und Portugal ihre teilweise erhebliche Ausweitung fort. Wie in einem Teufelskreis waren diese mit einem weiteren Vertrauensschwund am Kapitalmarkt verbunden. Die Risikoprämien für fünfjährige Credit Default Swaps auf griechische Staatsanleihen erreichten neuerlich Höchstwerte. Nachdem sie zu Jahresbeginn noch bei gut 1.000 bp notierten, kletterten sie unter heftigen Schwankungen bis Ende Juni 2011 auf knapp 2.000 bp. Die Spreads für fünfjährige Credit Default Swaps auf portugiesische und irische Staatsanleihen stiegen zum Ende Juni auf ca. 740 bp nachdem sie zu Jahresbeginn bei 500 bp und 620 bp notierten.

Risikoprämien für Spanien und Italien blieben trotz der Ansteckungsgefahr im Berichtszeitraum relativ stabil. Die jeweils fünfjährige Laufzeit handelte Ende Juni 2011 mit folgenden Spreads: Spanien 260 bp (310 bp) und Italien 180 bp (240 bp).

Auf **Spanien** entfällt mit nominal 2,0 Mrd € (2,2 Mrd €) der größte Anteil des PIIGS-Exposures der Bank. Davon betreffen 0,7 Mrd € Sub-Sovereigns und 1,3 Mrd € Kreditinstitute (bei letzteren 1,0 Mrd € in Covered Bonds). Der spanische Sparkassensektor unterlag im Berichtszeitraum einer Fusionswelle. Ein neues Gesetz verpflichtet die Kreditinstitute des Landes, mindestens eine Core-Capital-Quote von 8% aufzuweisen. Eine höhere Quote von 10% gilt für Institute, die nicht börsennotiert sind oder bei denen der Anteil privater Investoren weniger als 20% beträgt. Die Sparkassen versuchen vor allem durch Börsengänge ihr Kapital zu stärken und passen daher ihre Rechtsform an. Angesichts der Krise an den Finanzmärkten gehen wir davon aus, dass es einigen Sparkassen nicht gelingt, private Investoren anzulocken. Bis zum 30. September 2011 haben die betroffenen Institute Zeit, die neue Kapitalquote zu erreichen. Andernfalls droht eine Teilverstaatlichung durch den im Jahre 2009 gegründeten Bankenrestrukturierungsfonds FROB, der gefährdeten Kreditinstituten sowohl Liquiditätsgarantien als auch Kapitaleinlagen bis Volumen

von insgesamt 99 Mrd € zur Verfügung stellen kann. Auf Grund der Systemrelevanz und der umfassenden Stützungsmaßnahmen ist bei Forderungen gegen spanische Sparkassen und bei den Cédulas von einer geringen Ausfallwahrscheinlichkeit auszugehen.

Das **Italien**-Exposure beläuft sich auf nominal 1,5 Mrd € (1,5 Mrd €) – davon 43 Mio € MBS – und umfasst nach wie vor im Wesentlichen den Staat Italien und Sub-Sovereigns. Aufgrund der mit über 1,8 Bio € hohen Staatsverschuldung von knapp 120% des Bruttoinlandsproduktes – im Euro-Raum die zweitgrößte Schuldenlast nach Griechenland –, eines strukturellen Haushaltsdefizits und eines niedrigen Wirtschaftswachstums zogen die Refinanzierungskosten für Italien nach dem Berichtsstichtag deutlich an. Die Regierung Berlusconi hatte Ende Juni ein Milliardenparpaket verabschiedet. Demnach sollen 47 Mrd € innerhalb der nächsten dreieinhalb Jahre eingespart werden. Ziel der Regierung ist, das Vertrauen der Investoren wieder herzustellen und die Zinslast des Landes zu reduzieren. Die hohe Staatsverschuldung findet einen gewissen Ausgleich in der niedrigen Verschuldung des privaten Sektors, dem robusten Immobilienmarkt, den langen Restlaufzeiten der Staatsanleihen und der vergleichsweise geringen Auslandsverschuldung.

Das **Griechenland**-Exposure über nominal 426 Mio € (427 Mio €) entfällt bis auf Banken- und sonstige Forderungen über 37 Mio € und MBS über 14 Mio € (15 Mio €) im Übrigen ausschließlich auf Staatsanleihen. Im Hinblick auf die aktuelle Staatsschuldenkrise Griechenlands stellt die bereits erwähnte Einigung der Regierungschefs des Euro-Währungsgebietes und dessen 17 Mitgliedsstaaten untereinander sowie mit dem IIF über eine finanzielle Beteiligung der privaten Gläubiger einen vorläufigen Zwischenstand dar. Die weitere Ausgestaltung und die Auswirkungen dieser Einigung werden sich in den nächsten ein bis zwei Monaten herausgestellt haben. Aufgrund ihrer langlaufenden Staatsanleihen (Fälligkeiten 2034 bis 2040, die trotz des weiteren Rettungspaketes unerwartet niedrig, aktuell noch zwischen 45,0% und 51,0% des Nominalbetrages notieren) wird die Düsseldorfer Hypothekenbank voraussichtlich nicht an dem Hilfspaket beteiligt sein.

Das **Portugal**-Exposure über insgesamt nominal 412 Mio € (419 Mio €) besteht mit 300 Mio € überwiegend aus Staatsanleihen und Anleihen staatlicher Unternehmen. Auch Portugal erhält jetzt externe Finanzhilfe über die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und vom IWF. Die neue Regierung legte im Juni ein ehrgeiziges und glaubwürdiges Sparpaket vor, um die Neuverschuldung wieder unter das Maastricht-Kriterium zu bringen. Hierfür werden u. a. die Löhne im öffentlichen Dienst um bis zu 10 Prozent gekürzt und weitere Kürzungen bei Transferleistungen und Renten sowie Steuererhöhungen sind nicht

auszuschließen. Trotzdem stufte Moody's Anfang Juli die Kreditwürdigkeit Portugals von Baa1 auf das „Ramsch-Niveau“ Ba2 herab. Die Ratingagentur sieht ein großes Risiko, dass Portugal ein zweites Rettungspaket beantragen muss. Gleichwohl hat das Land keinen überhitzten Immobilienmarkt und vergleichsweise solide Banken, die keine überbewerteten Immobilienfinanzierungen in den Büchern haben.

Irland bildet mit 91 Mio € (156 Mio €) das kleinste PIIGS-Exposure. Die Bank ist in Höhe von 73 Mio € (137 Mio €) mit Bankenanleihen und 18 Mio € (19 Mio €) mit MBS engagiert. Das Land musste im Dezember 2010 den EU-Rettungsschirm im Umfang von rund 85 Mrd € in Anspruch nehmen, weil immer höhere Kapitalzuführungen an die Banken sowie das Budgetdefizit von über 30% das Vertrauen des Kapitalmarkts in die Konsolidierungsfähigkeit Irlands erheblich erschütterten. Die Risiken sind auf Grund der Verstaatlichung der Allied Irish Banks, der Hilfszahlungen von der EU an die Zentralregierung und der Ankündigungen im Rahmen des Stresstests zuletzt gesunken. Demnach soll es bei Bank of Ireland und Allied Irish Banks (AIB) mit hoher Wahrscheinlichkeit zu keiner Beteiligung von Senior-Gläubigern kommen. Anfang Juli setzte Moody's das Rating Irlands von Baa3 auf Ba1 mit negativem Ausblick herab. Die relativ kurzfristigen Fälligkeiten der von der Bank gehaltenen Wertpapiere in Höhe von 12 Mio € in 2011 und 15,5 Mio € bis April 2012 wirken sich risikomindernd aus. Nachrangige Exposures mit irischen Banken bestehen nicht. Anleihen, die nach 2013 fällig sind, erreichen ein Volumen von lediglich 45 Mio €. Dass es sich dabei bei 25 Mio € um Covered Bonds handelt, wirkt sich zusätzlich risikomindernd aus.

Marktpreisrisiko

Die Marktpreisrisikostrategie beschreibt die Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung des Marktpreisrisikos der Bank auf Portfolio- und Einzelengagementebene unter Berücksichtigung der Geschäftspolitik und der Risikotragfähigkeit.

Das Marktpreisrisiko ist definiert als Gefahr, dass sich die aktuelle und künftige Vermögens- oder Ertragslage der Bank aufgrund von Veränderungen der

- Zinsen (Zinsänderungsrisiko)
- Währungen bzw. Wechselkursen (Währungsrisiko)
- Optionssensitivitäten, z. B. Volatilität (Optionsrisiko)
- Aktienkurse (Aktienrisiko) oder
- Warenpreise (Warenpreisrisiko)

verschlechtert.

Im Rahmen des Aktiv-Passiv-Managements kann die Bank Zinsänderungsrisiken innerhalb der vorgegebenen Risikolimiten und konsistent zur Geschäftsstrategie eingehen.

Die Übernahme von Währungsrisiken gehört nicht zu den geschäftlichen Aktivitäten der Bank. Offene Währungspositionen werden grundsätzlich nicht aktiv eingegangen, lassen sich jedoch im Interesse der Geschäftseffizienz nicht vollständig vermeiden. Bestehende Währungsrisiken werden täglich gemessen und können über einen Bestandsreport angezeigt werden.

Das bewusste Eingehen von Optionsrisiken zählt ebenfalls nicht zur Marktpreisrisikostrategie der Bank. Sofern mit dem Abschluss von Aktiv- und Passivgeschäften das Eingehen von Optionsrisiken (z. B. Kündigungsrechte) verbunden ist, werden diese durch geeignete Sicherungsgeschäfte abgesichert.

In Geschäften, deren Wertentwicklung von Aktienkursen und Warenpreisen abhängt, ist die Bank nicht engagiert. Sie wird auch künftig in solchen Geschäften nicht tätig werden.

Grundlegend für den Umgang mit Handelsgeschäften im Sinne der MaRisk ist das Prinzip der Funktionstrennung, insbesondere die Trennung von Geschäftsabschluss (Markt bzw. Handel) einerseits und Geschäftsabwicklung bzw. Risikoeinschätzung (Marktfolge) andererseits. Die Bank wird dem Prinzip durch eine konsequente organisatorische Trennung von Markt und Marktfolge gerecht.

Die Abteilung Treasury ist für den Abschluss von Kapitalmarktgeschäften zuständig. Die Abwicklung und Kontrolle der abgeschlossenen Geschäfte wird durch die Abteilung Transaktionen Geld-/ Kapitalmarkt durchgeführt, einer von der Abteilung Treasury weisungsunabhängigen und organisatorisch getrennten Einheit. Die Messung, Überwachung und Berichterstattung der eingegangenen Risiken wird auf Gesamtbankebene durch das Risikocontrolling durchgeführt. Auch die laufende Überprüfung und Weiterentwicklung der Messinstrumente erfolgen durch die Abteilung Risikocontrolling.

Zur Messung und zur Steuerung des Marktpreisrisikos berechnet die Bank täglich den aus sämtlichen bilanziellen und außerbilanziellen zinstragenden Geschäften resultierenden Value at Risk (VaR) auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Der VaR gibt das maximale Verlustpotential des Barwertes eines Portfolios an, das auf Grundlage einer Beobachtungsperiode von 250 Börsentagen mit einer Wahrscheinlichkeit von 99% (Sicherheits-/ Konfidenzniveau) innerhalb einer Haltedauer von 10 Tagen nicht überschritten wird. Täglich wird die VaR-Prognose des Vortages mit der tatsächlich eingetretenen Marktwertveränderung verglichen (Backtesting). Bei signifikanter Verletzung der Modellparameter werden diese in einem Modellüberprüfungsprozess angepasst.

Zusätzlich werden Sensitivitätsanalysen (täglich) und hypothetische bzw. historische Stresstests (vierteljährlich) durchgeführt. Letztere beziffern die Auswirkungen extremer Marktpreisbewegungen auf die Vermögens- und Ertragslage der Bank. Bei der Skalierung der Stresstests folgt die Bank den Empfehlungen der Aufsichtsbehörden. Täglich werden die Auswirkungen einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um +130 bp/ -190 bp auf den Barwert der Bank ermittelt. Im Zuge der Umsetzung der MaRisk in der Fassung vom 15. Dezember 2010 wurde – als Ergänzung der sonstigen Stresstests – ein inverser Stresstest für Marktpreisrisiken entwickelt, der potenziell eintretende limitaustastende Barwertverluste aufgrund von Veränderungen der Zinsstrukturkurve simuliert. Er wurde erstmals in die Berichterstattung an den Aufsichtsrat zum Halbjahresresultat integriert.

Die Bank hielt das Marktpreisrisiko im Berichtszeitraum jederzeit auf einem niedrigen Niveau; das vorgegebene VaR-Limit wurde zu keinem Zeitpunkt überschritten. Zum Berichtsstichtag erreichte der VaR 5,8 Mio € (4,4 Mio €), im Berichtszeitraum lag er durchschnittlich bei 3,8 Mio € (5,2 Mio €). Das entsprach einer durchschnittlichen Auslastung des VaR-Limits von 11,2% (17,7%). Der höchste im Geschäftshalbjahr 2011 gemessene VaR-Tageswert betrug 5,9 Mio € (9,7 Mio €).

Lediglich an einem Tag überstieg die tatsächliche Wertveränderung der zinstragenden Positionen den prognostizierten VaR. Bei dem gewählten Sicherheitsniveau von 99% liegt das im Rahmen der Toleranz. Die Simulation des Zinsschocks ergab auch in diesem Berichtshalbjahr keine „Ausreißer“. Die 20%-Grenze wurde zu keinem Zeitpunkt überschritten; tatsächlich lag die Auslastung im Halbjahresdurchschnitt bei 9,6% (11,5%) dieses Grenzwerts.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko der Bank, die zu einem bestimmten Zeitpunkt fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt erfüllen zu können. Das vorrangige Ziel der Liquiditätsrisikostategie ist die Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank. Darüber hinaus hat die Bank dafür Sorge zu tragen, dass die Liquiditätskennzahl gemäß § 2 der Liquiditätsverordnung (LiqV) jederzeit eingehalten wird. Ein weiteres, nachgeordnetes Ziel ist die Minimierung der Kosten der Liquiditätsbeschaffung.

Zentrale Anforderung an die Organisation des Liquiditätsmanagements ist die Einhaltung der Trennung von Liquiditätssteuerung und Liquiditätsüberwachung. Die Bank wird dieser Anforderung durch eine konsequente organisatorische Trennung gerecht. Für die Steuerung der Liquidität der Bank ist die Abteilung Treasury zuständig. Ebenfalls Aufgabe der Abteilung Treasury ist die regelmä-

ßige Überprüfung der relevanten Refinanzierungsquellen hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit unter Berücksichtigung der entsprechenden Refinanzierungskosten. Für die Liquiditätsüberwachung einschließlich der Erstellung und Plausibilisierung der zur Steuerungsfunktion benötigten Unterlagen ist die Abteilung Transaktionen Geld-/ Kapitalmarkt verantwortlich. Zu ihren Aufgaben zählt u. a. die tägliche Soll-Ist-Analyse des Liquiditätsstatus sowie die laufende Überwachung und Berichterstattung über die Liquiditätsposition der Gesamtbank.

Die Bank verfügt über ein umfangreiches Instrumentarium zur Analyse und Steuerung der Liquidität der Bank (Liquiditätsstrukturanalyse). Es stellt die frühzeitige Erkennung von möglichen Liquiditätsengpässen sicher, damit rechtzeitig geeignete und zielgerichtete Maßnahmen zur Liquiditätssicherung getroffen werden können.

Täglich wird eine kurzfristige Liquiditätsvorausschau erstellt, welche den aktuellen Liquiditätsstatus und die Liquiditätsplanung der Abteilung Treasury mit einem Zeithorizont von mindestens drei Monaten enthält. Ergänzend wird zu jedem Monatsultimo eine langfristige Liquiditätsvorausschau über einen Zeitraum von mindestens drei vollen Kalenderjahren erstellt.

Die Bank steuert die Liquidität daneben auf Basis der Liquiditätsverordnung (LiqV). Danach gilt die Liquidität als gesichert, wenn innerhalb von 30 Tagen zur Verfügung stehende gewichtete Zahlungsmittel die während dieses Zahlungszeitraums abrufbaren gewichteten Zahlungsverpflichtungen abdecken. Ein Standard zur modellgestützten Quantifizierung des Liquiditätsrisikos hat sich in der Bankenpraxis bisher noch nicht etabliert. Im Einklang mit den MaRisk wird daher das Liquiditätsrisiko im Risikotragfähigkeitskonzept der Bank bis auf weiteres nicht berücksichtigt.

Auf die Belange der Bank zugeschnittene, unterschiedlichen Prämissen unterliegende Stresstests werden aufbauend auf der kurzfristigen und langfristigen Liquiditätsvorschau durchgeführt. Diese beschreiben die Auswirkungen extremer Marktumstände auf die Liquiditätslage der Bank.

Die gemeldete Liquiditätskennziffer nach der Liquiditätsverordnung (LiqV) lag im Berichtszeitraum zwischen 1,2 und 1,7 und somit jederzeit über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0. Im Berichtszeitraum verfügte die Bank – unterstützt durch die vom SoFFin gewährte Stabilisierungsmaßnahme – jederzeit über eine angemessene Liquiditätsausstattung; dies auch unter Berücksichtigung der zusätzlichen Überdeckungsanforderungen von Fitch-Ratings zum Erhalt des AAA-Ratings der Öffentlichen Pfandbriefe.

9 (Abb. auf Seite 16)

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko wird als Gefahr von unmittelbaren oder mittelbaren Verlusten definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Es schließt Rechtsrisiken und Risiken aus der Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen ein.

Die Bank verfolgt das Ziel, Verluste aus operationellen Risiken zu vermeiden bzw. zu vermindern. Damit verbunden sind Bestrebungen, den Risikomanagementprozess kontinuierlich zu verbessern und entsprechend den sich ändernden Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln.

Durch die Bestimmung risikobehafteter Prozesse zum Zwecke der Identifizierung operationeller Risiken soll die Qualität der Geschäftsprozesse optimiert werden. Zudem werden die Mitarbeiter durch den OpRisk-Manager für das Erkennen von und den Umgang mit operationellen Risiken geschult. Zur Umsetzung dieser Ziele wurden die jeweiligen Abteilungsleiter als Risikoverantwortliche benannt, die für die Erfassung der operationellen Risiken und die Überwachung der Maßnahmenumsetzung verantwortlich sind.

Die wichtigsten Instrumente zur Begrenzung operationeller Risiken sind die Eigenbeurteilung (Self Assessment) und die Schadensdatenbank.

Im Rahmen der Eigenbeurteilung werden mittels strukturierter Interviews mit den Abteilungsleitern der Bank potenzielle operationelle Risiken für die aufsichtsrechtlichen Risikokategorien (interne Verfahren, Menschen, Systeme, externe Ereignisse) identifiziert. Anhand der Ergebnisse werden Schwachstellen und risikobehaftete Bereiche herausgefiltert. Durch entsprechende Maßnahmen wird dem Auftreten operationeller Risiken vorgebeugt oder bei Eintritt eines Schadensfalls der Verlust minimiert.

Sämtliche aufgetretenen Schadensfälle werden in einer Schadensdatenbank detailliert erfasst und ausgewertet. Damit wird die Grundlage zur Identifizierung und Analyse von Ursachen gegeben, aus denen anschließend angemessene Maßnahmen abgeleitet und umgesetzt werden. Außerdem wird die historische Datensammlung zur Darstellung von bisher durchgeführten Maßnahmen und deren Wirksamkeit genutzt.

Zur Messung des operationellen Risikos verwendet die Bank den Basisindikatoransatz gemäß §§ 270 ff. SolvV.

Die eingetretenen operationellen Risiken werden dem jeweils zugeordneten Limit gegenübergestellt. Für den Fall einer kritischen Limitauslastung bzw. Limitüberschreitung sind besondere Maßnahmen im Risikomanagementprozess der Bank definiert.

Für Risiken aus Auslagerungen von Aktivitäten und Prozessen als besondere Form operationeller Risiken hat die Bank einen separaten Prozess eingerichtet.

Neben Standardstressszenarien, wie zum Beispiel einem Brand im Bankgebäude oder dem Ausbruch einer Pandemie, werden laufend weitere historische oder hypothetische Stressszenarien erarbeitet. Mittels einer Schätzung der Schadenshöhe zu den einzelnen Szenarien werden die erwarteten Auswirkungen quantifiziert. Die Durchführung des Stresstests erfolgt jährlich im Anschluss an die Eigenbeurteilung. Zum Halbjahresultimo wurden die Anforderungen der MaRisk bezüglich eines inversen Stresstests umgesetzt und plausible mögliche Schadensfälle als inverse Stressszenarien definiert.

Das operationelle Risiko der Bank hat zu keinem Zeitpunkt das vorgegebene Limit überschritten. Die Limitauslastung betrug zum Halbjahresultimo 38,7% (21,9%).

Risikomanagement Deckungsstock

§ 27 Abs. 1 PfandBG verlangt für das Pfandbriefgeschäft die Implementierung eines Risikomanagementsystems, das geeignete Instrumente und Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken im Pfandbriefgeschäft enthält. Die Bank hat ein solches Risikomanagementsystem im Einklang mit § 27 PfandBG installiert. Den Berichts- und Transparenzpflichten gemäß § 28 PfandBG wird durch Erstellung eines monatlichen Reports über die Risiken des Deckungsstocks nachgekommen.

Das Pfandbriefgesetz (PfandBG) verlangt eine jederzeit vorzuhaltende barwertige Überdeckung der Deckungsstöcke von mindestens 2%. Die Bank berechnet die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben auf täglicher Basis. Bei der Berechnung der sichernden Überdeckung gemäß § 4 Abs.1 PfandBG ist vom Barwert des Deckungsstocks unter Zugrundelegung der vorgeschriebenen Stresstests auszugehen. Auf diese Weise wird die geforderte Überdeckung auch im Falle von außergewöhnlichen Zins- und Währungsschwankungen gewährleistet (§ 4 PfandBarwertV). Zur Stressberechnung verwendet die Bank das dynamische Verfahren. Die jederzeitige barwertige Überdeckung nach Stress betrug im Halbjahresdurchschnitt bei den Öffentlichen Pfandbriefen der Bank 15,17% (5,70%) und bei den Hypothekenpfandbriefen 10,09% (14,86%). Der Durchschnitt der letzten 12 Monate war bei den Öffentlichen Pfandbriefen der Bank 11,27% (6,37%) und bei den Hypothekenpfandbriefen 8,27% (10,59%). Die deutliche Überschreitung der gesetzlich geforderten Überdeckung ist auch den erhöhten Anforderungen der Rating-Agenturen in Bezug auf die nominelle bzw. barwertige Überdeckung der Pfandbriefe geschuldet. Die Entwicklung der barwertigen Überdeckung der Pfandbriefe sowie die wesentlichen Maßnahmen zur

Steuerung der Deckungsstöcke werden monatlich im Aktiv-Passiv-Ausschuss berichtet.

Die mit der Novelle zum Pfandbriefgesetz im Jahr 2009 erweiterte Liquiditätsanforderung an die Deckungsmassen um die so genannte „180-Tage-Liquidität“ hat die Bank jederzeit eingehalten.

Risikolage der Düsseldorfer Hypothekbank

Die Düsseldorfer Hypothekbank hat im Berichtshalbjahr ihr Risikomanagement und ihr Risikocontrollingsystem weiterentwickelt. Auch künftig sollen die Risikomesverfahren und Risikosteuerungsprozesse kontinuierlich verbessert werden. Risiken, die im ersten Geschäftshalbjahr 2011 zur Gesamteinschätzung der Risikolage der Bank von Bedeutung waren, wurden in den vorangegangenen Berichtsteilen dargestellt. Weitere wesentliche Risiken waren im Berichtshalbjahr nicht erkennbar. Für erkennbare Risiken hat die Bank eine angemessene Vorsorge getroffen.

Ausblick

Im 2. Halbjahr 2011 werden wir den eingeschlagenen Konsolidierungskurs konsequent fortsetzen.

Den Gesamtbestand im Kapitalmarktgeschäft werden wir durch ein aktives Portfoliomanagement weiter volumensmäßig abbauen. Dazu haben wir ihn in mehrere Teilportfolien mit unterschiedlicher Risiko- und Ertragseinschätzung aufgeteilt. Der Abbau findet entsprechend einem fest definierten Prozess, nach klarer Priorisierung und stets unter Beobachtung der aktuellen Kapitalmarktentwicklung statt. Für das zweite Halbjahr beläuft sich die angestrebte nominelle Gesamtsumme des Abbaus einschließlich der Fälligkeiten auf ca. 2,8 Mrd. €. Um diesen Betrag wird sich perspektivisch die Bilanz weiter verringern.

Die Auswirkungen der Staatsschuldenkrise bleiben weiter aufmerksam zu beobachten. Die vielfältigen und teilweise kontrovers diskutierten Vorschläge zur Beilegung der Krise – insbesondere auch die Beteiligung des privaten Sektors an Rettungsmaßnahmen – werden von der Bank planerisch in Form von Szenariorechnungen begleitet. Eine akute Gefährdung ist weder in der Eigenkapital- noch in der Liquiditätsausstattung erkennbar.

In der Immobilienfinanzierung wird die Bank nach ihren positiven Erfahrungen im 1. Halbjahr mit ertragreichem und risikobepreistem Neugeschäft ihre Akquisitionsansätze weiter intensivieren und sich als aktiver Marktpartner positionieren. Aktuell liegen uns attraktive, großvolumige Finanzierungsanfragen vor, die uns zuversichtlich stim-

men, unsere Neugeschäftsabschlüsse auch im 2. Halbjahr weiter auszubauen.

Für den Prognosezeitraum der nächsten zwei Jahre geht die Bank weiterhin insgesamt von einem deutlich negativen Jahresergebnis aus. Während es 2011 in Höhe eines niedrigen dreistelligen Millionenbetrags ausfallen wird, wird es sich in 2012 in etwa in der Größenordnung des Jahres 2010 bewegen. Die Bank ist unter den von uns erwarteten Marktbedingungen mit ausreichender Liquidität ausgestattet, um auch in Zukunft den Refinanzierungsbedingungen zu genügen.

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen zur Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Düsseldorfer Hypothekbank, die auf den derzeitigen Plänen, Einschätzungen, Prognosen und Erwartungen beruhen. Diese Aussagen beinhalten Risiken und Unsicherheiten. Es gibt eine Vielzahl von Faktoren, die auf unser Geschäft einwirken und zu großen Teilen außerhalb unseres Einflussbereiches liegen. Dazu gehören vor allem die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung der Finanzmärkte und mögliche Kreditausfälle. Die tatsächlichen Ereignisse und Entwicklungen können erheblich von unseren heute getroffenen Annahmen abweichen. Sie haben daher nur zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Gültigkeit. Wir übernehmen keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen oder unerwarteter Ereignisse zu aktualisieren.

Anhang

Bilanz zum 30. Juni 2011

Aktiva in T€			30.6.2011	31.12.2010
Barreserve			4.960	59.137
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	4.958			(59.134)
Forderungen an Kreditinstitute				
Kommunalkredite		2.227.649		2.342.275
Andere Forderungen		1.075.973	3.303.622	1.635.133
Forderungen an Kunden				
Hypothekendarlehen		1.188.423		1.273.815
Kommunalkredite		1.375.019		1.931.652
Andere Forderungen		18	2.563.460	150
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten				
von öffentlichen Emittenten	3.639.822			4.380.666
von anderen Emittenten	7.179.365	10.819.187		8.087.060
Eigene Schuldverschreibungen		706.040	11.525.227	793.327
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			7.152	12.864
Beteiligungen			59.922	14.237
Immaterielle Anlagewerte			357	544
darunter: entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	357			(544)
Sachanlagen			16.108	16.329
Sonstige Vermögensgegenstände			44.479	52.668
Rechnungsabgrenzungsposten				
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		22.453		27.007
Andere		8.736	31.189	15.075
Summe der Aktiva			17.556.476	20.641.939

Passiva in T€

30.6.2011

31.12.2010

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	106.637		106.866
Begebene Öffentliche Namenspfandbriefe	185.524		263.810
Andere Verbindlichkeiten	4.596.732	4.888.893	6.325.268
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	431.344		484.158
Begebene Öffentliche Namenspfandbriefe	4.327.459		4.478.984
Spareinlagen	532		670
Andere Verbindlichkeiten	2.771.407	7.530.742	2.115.178
Verbriefte Verbindlichkeiten			
Begebene Schuldverschreibungen			
Hypothekenspfandbriefe	126.001		233.897
Öffentliche Pfandbriefe	1.751.489		3.292.017
Sonstige Schuldverschreibungen	2.423.507	4.300.997	2.404.663
Sonstige Verbindlichkeiten		26.583	34.749
Rechnungsabgrenzungsposten			
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	3.802		4.615
Andere	7.913	11.715	9.764
Rückstellungen			
Steuerrückstellungen	181		181
Andere Rückstellungen	5.705	5.886	5.043
Nachrangige Verbindlichkeiten		211.746	205.143
Genussrechtskapital		14.425	14.425
Eigenkapital			
gezeichnetes Kapital	251.000		251.000
Stille Einlage	373.529		373.529
Kapitalrücklage	199.229		199.229
Gewinnrücklagen			
andere Gewinnrücklagen	48.893		48.893
Bilanzverlust	-307.162	565.489	-210.143
Summe der Passiva		17.556.476	20.641.939
Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		42	514
Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen		87.000	0

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar - 30. Juni 2011

in T€			30.6.2011	30.6.2010
Zinserträge aus				
Kredit- und Geldmarktgeschäften	527.124			544.559
festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	189.572	716.696		219.038
Zinsaufwendungen		-809.577	-92.881	-761.994
Laufende Erträge aus				
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		90		118
Beteiligungen		25	115	10
Provisionserträge		284		983
Provisionsaufwendungen		-14.220	-13.936	-7.272
Sonstige betriebliche Erträge			3.488	2.467
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
Personalaufwand				
Löhne und Gehälter	-2.179			-2.980
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-331	-2.510		-532
andere Verwaltungsaufwendungen		-6.422	-8.932	-7.554
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-444	-544
Sonstige betriebliche Aufwendungen			-2.851	-2.320
Abschreibungen und Wertberichtigungen				
auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0	-13.510
auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-2.301	0
Erträge aus Zuschreibungen				
zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			20.749	0
zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0	12.773
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			-96.993	-16.758
Außerordentliches Ergebnis			0	-6.266
Ergebnis vor Steuern			-96.993	-23.024
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0	11
Sonstige Steuern, soweit nicht unter "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen			-26	-7
Ergebnis nach Steuern			-97.019	-23.020
Verlustvortrag			-210.143	-191.633
Bilanzverlust			-307.162	-214.653

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Zwischenabschluss zum 30. Juni 2011 wurde im Einklang mit den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute aufgestellt. Zudem wurden die Regelungen des Aktiengesetzes und des Pfandbriefgesetzes berücksichtigt. Der Zwischenabschluss wurde in Anlehnung an die Vorgaben des Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS 16) in der Fassung vom 18. Februar 2010 erstellt.

In diesem Zwischenbericht wurden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 angewandt.

Forderungen sind mit dem Nennwert gemäß § 340e Abs. 2 HGB angesetzt; der Unterschied zwischen Auszahlungs- und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzung ausgewiesen. Allen erkennbaren Einzelrisiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Darüber hinaus bestehen Vorsorgereserven nach § 340f Abs. 1 HGB.

Schuldverschreibungen des Umlaufvermögens werden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu dem fortlaufend ermittelten Durchschnittswert oder dem niedrigeren Tageskurs des Bilanzstichtags bewertet.

Schuldverschreibungen, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden mit den Anschaffungskosten einschließlich zeitanteiliger Auflösung des Unterschiedsbetrages zum Nennwert bewertet. Zerobonds werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, die Zinserträge werden erfolgswirksam erfasst. Die zeitanteilige Auflösung der Agien bzw. Disagien erfolgt im Zinsergebnis. Bei einer konkreten Ausfallgefährdung werden die Wertpapiere auf eine wahrscheinliche Erlösquote abgeschrieben. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung, die anhand individueller Risikoanalysen in Verbindung mit einem auf Ausfallwahrscheinlichkeiten basierenden Bewertungsmodell ermittelt wird, werden Wertberichtigungen gebildet.

Die unter den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesenen Genussscheine werden – soweit sie dem Anlagevermögen zugeordnet sind – mit ihren Anschaffungskosten bilanziert. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung, die ebenfalls anhand des auf Ausfallwahrscheinlichkeiten basierenden Bewertungsmodells ermittelt wird, werden Wertberichtigungen gebildet. Nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens werden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu dem fortlaufend ermittelten

Durchschnittswert oder dem niedrigeren Tageskurs des Bilanzstichtages bewertet.

Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung werden die Beteiligungen auf ihren niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben.

Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sind entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den um lineare planmäßige Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten angesetzt. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung werden außerplanmäßige Wertkorrekturen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr ihrer Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben. Wirtschaftsgüter, deren Wert 150 Euro, aber nicht 1.000 Euro übersteigt, werden – sofern sie vor dem 1. Januar 2010 angeschafft wurden – in einem Sammelposten zusammengefasst und über 5 Jahre abgeschrieben.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nenn- und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt. Nullkupon-Anleihen werden mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß Emissionsrendite bewertet.

Nach § 253 Abs. 1 S. 2 HGB werden Rückstellungen unter Berücksichtigung künftiger Kosten- und Preissteigerungen mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Dabei werden Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Laufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, wie er von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlicht wird, abgezinst.

Für Steuern und ungewisse Verbindlichkeiten werden Rückstellungen in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet.

Die auf fremde Währung lautenden Bilanzpositionen wie auch die Kurssicherungsgeschäfte werden gemäß § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB zum Referenzkurs der EZB am Bilanzstichtag umgerechnet. Werden für Geschäfte in Fremdwährung zur Absicherung von Fremdwährungsrisiken gegenläufige Währungskurssicherungsgeschäfte abgeschlossen, so gelten diese als besonders gedeckt.

Derivative Finanzgeschäfte, die der Absicherung von Zins- und Währungsschwankungen dienen, unterliegen keiner Einzelbewertung und werden als schwebende Geschäfte nicht bilanziert. Sicherungsbeziehungen, die für Risikomanagementzwecke bestehen, werden handelsrechtlich nicht als Bewertungseinheit angesehen, da das Wahlrecht gemäß

§ 254 HGB in Verbindung mit einer Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW RS HFA 35 Tz. 12 vom 10. Juni 2011) ausgeübt wird.

Beim Ausweis der Risikovorsorge bzw. des Finanzanlageergebnisses wird von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f Abs. 3 HGB bzw. § 340c Abs. 2 HGB Gebrauch gemacht.

Latente Steuern werden nach Maßgabe des § 274 HGB auf Basis des bilanzorientierten Ansatzes unter Berücksichtigung von steuerlichen Verlustvorträgen ermittelt. Passive latente Steuern werden mit aktiven latenten Steuern verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden in Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 S. 2 HGB nicht aktiviert.

Der Zwischenbericht wurde einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

Barreserve

Im Posten Barreserve sind 4.958 T € Guthaben bei Zentralnotenbanken und 2 T € Kassenbestand enthalten.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Die Summe der Forderungen an Kreditinstituten und Kunden hat sich im Vergleich zum 31.12.2010 um 18,3% reduziert. Neben planmäßigen Fälligkeiten sind hierfür durchgeführte Verkäufe von Kommunalkrediten sowie vorzeitige Rückführungen in der Immobilienfinanzierung verantwortlich.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Fremden Schuldverschreibungen sind 3.370 Mio € zur Deckung der umlaufenden Pfandbriefe bestimmt. Schuldverschreibungen über 10.388 Mio € werden zum Bilanzstichtag nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Darin enthalten sind Wertpapiere mit einem Buchwert von 7.027 Mio €, die kapitalmarktbedingt zum Bilanzstichtag einen um 975 Mio € niedrigeren beizulegenden Wert aufweisen. Wirtschaftliche Gegenpositionen liegen – bezogen auf die Zinskomponente – in den zu Marktkursen bewerteten Verbindlichkeiten und Finanzderivaten. Im Vergleich zum 31.12.2010 hat sich der Bestand der Fremden Schuldverschreibungen um 13,2% verringert. Neben Fälligkeiten ist dies vor allem auf durchgeführte Verkäufe im Rahmen des geplanten Abbaus der Bilanzaktiva zurückzuführen.

Die Eigenen Wertpapiere belaufen sich auf 706 Mio €. Der Rückgang von 11% im Vergleich zum letzten Bilanzstichtag ist im Wesentlichen auf planmäßige Fälligkeiten zurückzuführen.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Als Folge des Restrukturierungsplanes wurde der Bestand dieser Bilanzposition im Vergleich zum letzten Bilanzstichtag nahezu halbiert und beträgt jetzt 7,2 Mio €.

Beteiligungen

Die Beteiligung an der Bauer Aktiengesellschaft zur Entwicklung des europäischen Kommunal- und Hypothekarkredits, Glarus/ Schweiz beträgt wie im Vorjahr 29,4%.

Die Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr betreffen den Erwerb von Anteilen in Höhe von 23,7% an der AHBR Capital Funding LLC, Wilmington, Delaware/ USA. Ferner wurden im Berichtszeitraum Aktien der MHB-Bank AG, Frankfurt am Main (Beteiligungsquote 24,9%) erworben.

Sachanlagen

Die Sachanlagen von 16,1 Mio € betreffen in Höhe von 15,3 Mio € das im Rahmen des eigenen Geschäftsbetriebes genutzte Grundstück und Gebäude. Ferner ist in den Sachanlagen die Betriebs- und Geschäftsausstattung mit einem Buchwert von 0,8 Mio € enthalten.

Sonstige Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen zwei im Zuge von Rettungserwerben übernommene Grundstücke in Höhe von 36,1 Mio €, Forderungen aus fälligen Zins- und Tilgungsraten von 4,0 Mio €, Forderungen im Rahmen eines laufenden Insolvenzverfahrens von 3,3 Mio € und Steuerforderungen in Höhe von 1,0 Mio €.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten belaufen sich auf 26,6 Mio € und enthalten neben Steuerverbindlichkeiten von 0,3 Mio € vor allem Fremdwährungs-Umrechnungseffekte, die sich durch die Umrechnung der auf fremde Währung lautenden Finanzinstrumente zum Referenzkurs der EZB am Bilanzstichtag ergibt. Die wirtschaftliche Gegenposition liegt in den Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. Fremden Schuldverschreibungen, die – sofern sie in Fremdwährung notiert sind – ebenfalls zum Stichtagskurs bewertet werden.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie verbrieftete Verbindlichkeiten haben sich gegenüber dem 31. Dezember 2010 aufgrund von Fälligkeiten und Rückkäufen um insgesamt 15% verringert.

Rückstellungen

Der Bestand an Rückstellungen hat sich im Vergleich zum letzten Bilanzstichtag leicht erhöht und beträgt 5,9 Mio €. Enthalten ist eine Drohverlustrückstellung in Höhe von 2,9 Mio € für Derivate, die im Zusammenhang mit geplanten Wertpapierverkäufen vorfällig geschlossen werden sollen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Berichtszeitraum wurden keine nachrangigen Verbindlichkeiten begeben, so dass sich der Bestand unverändert aus Inhaberpapieren in Höhe von 20 Mio €, Namensschuldverschreibungen von 150 Mio € und Schuldscheindarlehen in Höhe von 33 Mio € zusammensetzt. Die Zunahme im Vergleich zum Vorjahreswert liegt in den abgegrenzten Zinsverbindlichkeiten begründet.

Genussrechtskapital

Der Bestand nach Verlustzuweisungen setzt sich aus Namensgenussscheinen in Höhe von 14,4 Mio € zusammen; davon sind 1,9 Mio € bis Anfang Juli 2011 als haftendes Eigenkapital anerkannt.

Gezeichnetes Kapital, Stille Beteiligungen und Kapitalrücklagen

Der Bilanzverlust des Vorjahres in Höhe von 210 Mio € wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Das gezeichnete Kapital beträgt unverändert 251 Mio €, die Stillen Beteiligungen belaufen sich wie zum letzten Bilanzstichtag auf 374 Mio €.

10 (Abb. auf Seite 30)

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Die Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 87 Mio € betreffen Hypothekendarlehen sowie sonstige Kreditzusagen. Die deutliche Zunahme in Bezug auf den Vergleichsstichtag liegt in der Wiederaufnahme des Neugeschäftes.

Derivative Finanzinstrumente

Zum 30. Juni 2011 bestanden noch nicht abgewickelte zins- und währungsbezogene Termingeschäfte in Form von Zinsswaps, Zins-/ Währungsswaps und Forward Rate Agreements. Alle Geschäfte dienen der Absicherung von Zins- und Währungsschwankungen.

Den negativen Marktwerten der derivativen Finanzinstrumente stehen in einer Gesamtschau auch positive Marktwerte aus den Grundgeschäften gegenüber, soweit sie sich auf die Zinskomponente beziehen.

Im Rahmen der Makrosteuerung sind Kontrakte mit positiven Marktwerten von 6,1 Mio € und mit negativen Marktwerten von -18,8 Mio € vorzeitig aufgelöst worden. Ferner wurden im Zusammenhang mit der Veräußerung von Grundgeschäften Finanzderivate mit einem negativen Marktwert von 60,2 Mio € aufgelöst. Hinzu kommt eine gebildete Drohverlustrückstellung in Höhe von 2,9 Mio € für derivative Geschäfte, die in naher Zukunft abgebaut werden sollen, so dass das Zinsergebnis insgesamt mit 75,8 Mio € belastet wird.

11 (Abb. auf Seite 30)

10 Eigenkapitalveränderungsrechnung

Mio €	gezeichnetes Kapital	Stille Beteiligungen	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Bilanzverlust/-gewinn	gesamt
Stand 01. Januar 2010	251,0		199,2	48,9	-191,6	307,5
Jahresüberschuss/-fehlbetrag					-20,3	-20,3
Kapitalerhöhungen		375,0				375,0
Entnahme aus stillen Beteiligungen		-1,5			1,5	
Entnahme aus Genussrechtskapital					0,3	0,3
Bestand zum 31.12.2010	251,0	373,5	199,2	48,9	-210,1	662,5
Stand 01. Januar 2011	251,0	373,5	199,2	48,9	-210,1	662,5
Ergebnis nach Steuern					-97,0	-97,0
Bestand zum 30. Juni 2011	251,0	373,5	199,2	48,9	-307,1	565,5

11 Restlaufzeitenstruktur Finanzderivate

Mio €	< 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	Gesamt	Marktwert
Nominalbetrag					
Zinsswaps	5.277	13.487	14.018	32.782	-412,5
Zins-/ Währungsswaps	661	198	99	958	-27,9
Forward Rate Agreements	200			200	0,2
	6.138	13.685	14.117	33.940	-440,2

Wesentliche Veränderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung gegenüber dem 1. Halbjahr 2010

Zins- und Provisionsergebnis

Das Zinsergebnis hat sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 94,5 Mio € auf -92,8 Mio € verschlechtert. Bereinigt um Einmaleffekte beläuft sich der Rückgang auf 26,8 Mio €, wofür neben den ertragsbelastenden Maßnahmen der Vorjahre in Gestalt von Swap-Close-Outs (bis einschließlich 2007) auch das im Rahmen des Verkaufsprozesses der Bank für gut zwei Jahre ausgesetzte Neugeschäft in der Immobilien- und Staatskreditfinanzierung verantwortlich ist. Das Provisionsergebnis beträgt -13,9 Mio €. Die Verschlechterung im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus den gezahlten Provisionen für die Maßnahmen der Liquiditätsunterstützung durch den SoFFin, die sich von 7,2 Mio € auf 14,1 Mio € nahezu verdoppelten.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Der Ertrag beruht auf der Vereinnahmung von Mieterträgen, überwiegend aus Rettungserwerben (3,3 Mio €) und aus der Auflösung von Rückstellungen (0,2 Mio €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen Betriebskosten der eigenen Immobilien in Höhe von 2,7 Mio € sowie einen Ausgleichsposten der Fremdwährungsumrechnung von 0,2 Mio €.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Als Folge der Veräußerung der Stuttgarter Zweigniederlassung im Geschäftsjahr 2010 und der damit verbundenen Abnahme der durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter von 81 auf 51 hat sich der Personalaufwand um 1,0 Mio € auf 2,5 Mio € reduziert. Der Rückgang der anderen Verwaltungsaufwendungen resultiert zum einen ebenfalls aus dem Verkauf der Stuttgarter Zweigstelle (-0,7 Mio €), zum anderen war das Vorjahr von überdurchschnittlich hohem Beratungsaufwand (Verkaufsprozess, BilMoG) gekennzeichnet.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Abschreibungen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung betragen 0,4 Mio €, was in etwa dem Vorjahresniveau entspricht.

Bewertungsergebnis

Der Saldo des Bewertungsergebnisses beläuft sich im Berichtszeitraum auf 18,4 Mio € nach -0,7 Mio € im Vorjahr. Im Kreditgeschäft konnte eine bestehende Wertberichtigung in Höhe von 1,0 Mio € aufgrund von Zahlungseingängen aufgelöst werden, neuer Wertberichtigungsbedarf für Hypothekendarlehen entstand im Berichtszeitraum

nicht. Schuldverschreibungen fremder Emittenten wurden wie im Vorjahr einer Modellbewertung unter Berücksichtigung jährlicher Ausfallwahrscheinlichkeiten und Erlösquoten unterzogen, um latente dauerhafte Wertminderungen zu identifizieren. Der so ermittelte zusätzliche Wertberichtigungsbedarf in Höhe von 36,9 Mio € wurde der Risikovorsorge zugeführt. Darin enthalten sind Zuführungen für griechische Staatsanleihen von 35,5 Mio €. Ferner wurden zum Verkauf bestimmte Wertpapiere auf ihren Marktwert abgeschrieben, was zu einer Ergebnisbelastung von 2,9 Mio € führte. Demgegenüber standen Erträge aus Wertpapierverkäufen und aus der Auflösung von im Vorjahr gebildeten Wertberichtigungen in Höhe von insgesamt 45,8 Mio €, die im Rahmen des Portfolioabbaus im Zusammenhang mit den negativen Effekten im Zinsergebnis gesehen werden müssen.

Außerordentliches Ergebnis

Das Außerordentliche Ergebnis des Vorjahres war von der erstmaligen Anwendung des BilMoG gekennzeichnet. Vergleichbare Effekte gab es im Berichtszeitraum nicht.

Halbjahresergebnis

Das Ergebnis vor Steuern liegt um 74 Mio € unter dem Vorjahr und beträgt -97 Mio €.

Segmentrechnung

Methodisch geht die Segmentrechnung von der Gewinn- und Verlustrechnung aus und verteilt alle Aufwendungen und Erträge verursachungsgerecht auf die einzelnen Geschäftsfelder. Nachstehend sind die Ergebnisse der beiden wesentlichen Geschäftsfelder aufgeführt.

Die Sparte Kapitalmarktgeschäft hat spürbare Einbußen im Vergleich zum Vorjahr (-19,4 Mio €) zu verzeichnen und schließt mit einem Ergebnis nach Steuern in Höhe von -84,4 Mio €. Verantwortlich hierfür ist vor allem das rückläufige Zinsergebnis, das durch Einmaleffekte aus der vorzeitigen Schließung von Finanzderivaten stärker belastet wird als sich das Bewertungsergebnis aufgrund von Portfolioverkäufen verbessern konnte. Darin enthalten sind ferner die Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen.

Das Ergebnis der Sparte Immobilienkreditgeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 4,2 Mio € verschlechtert und beträgt -3,5 Mio €. Die Gründe für diese Entwicklung liegen im Wesentlichen im Bewertungsergebnis, das Verluste aufgrund veräußerter Mortgage Backed Securities (MBS) zu verzeichnen hat.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

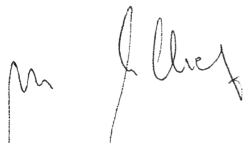
Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Zwischenabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Zwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Düsseldorf, den 29. Juli 2011
Düsseldorfer Hypothekenbank AG

Der Vorstand



Arnd Stricker



Dr. Christian von Villiez

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die Düsseldorf Hypothekenbank AG, Düsseldorf
Wir haben den verkürzten Zwischenabschluss – bestehend aus verkürzter Bilanz, verkürzter Gewinn- und Verlustrechnung sowie verkürztem Anhang – und den Zwischenlagebericht der Düsseldorf Hypothekenbank AG, Düsseldorf, für den Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis 30. Juni 2011, die Bestandteile des Halbjahresfinanzberichts nach § 37w WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Zwischenabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und des Zwischenlageberichts nach den für Zwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Zwischenabschluss und dem Zwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Zwischenabschlusses und des Zwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Zwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der Zwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Zwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Zwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften oder dass der Zwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Zwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden ist.


Düsseldorf, 29. Juli 2011

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Müller-Tronnier
Wirtschaftsprüfer



Lösken
Wirtschaftsprüfer

Kennzahlen

Mio €	1.1.-30.6.2011	1.1.-30.6.2010
Neugeschäft		
Aktiv		
Immobilienfinanzierung	87	0
Staatsfinanzierung	35	0
Passiv		
Hypothekendarlehen	0	80
Öffentliche Pfandbriefe	0	0
Sonstige Schuldverschreibungen/ Darlehen	1.453	1.209
Ertragslage		
Ergebnis nach Steuern	-97,0	-23,0
Cost/ Income-Ratio	-9 %	-252 %
Eigenkapitalrentabilität	-34,3 %	-15,0 %

Mio €	30.6.2011	31.12.2010
Bestand		
Aktiv		
Immobilienfinanzierung	1.461	1.595
Staatsfinanzierung	14.050	16.232
Passiv		
Hypothekendarlehen	650	812
Öffentliche Pfandbriefe	6.151	7.863
Sonstige Schuldverschreibungen/ Darlehen	3.926	3.526
Bilanzsumme	17.556	20.642
Eigenkapital		
Kernkapital (ohne Ergebnis nach Steuern)	633	649
SolvV-Kernkapitalquote	22 %	17 %
Ergänzungskapital	194	213
SolvV-Gesamtkennziffer	28 %	23 %

Düsseldorfer Hypothekenbank Aktiengesellschaft
Berliner Allee 41, 40212 Düsseldorf
Fon +49 (0)211.86720.0, Fax +49 (0)211.86720.271
duesshyp@duesshyp.de, www.duesshyp.de
HRB Düsseldorf Nr. 35004